

Grosser Gemeinderat

Worb, 21. März 2023

417. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 20. März 2023, 19:30 Uhr
Sitzungsende	22:45 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Jost-Pfister Catarina (GLP), Präsidentin
2. Vizepräsident	Zingg Stephan (SVP)
1. Stimmzähler	Marchand Andy (FDP)
2. Stimmzählerin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
Mitglieder	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser Titus (EVP) Bieri-Meyer Marianne (FDP) Christensen Sven (FDP) Graf Gregory (FDP) Hager Rolf (FDP) (ab 19.40 Uhr; Geschäft Nr. 1) Lanfranconi Elena (FDP) (bis 22.07 Uhr; Geschäft Nr. 4) Schmidhalter Norbert (FDP) Stucki Daniel (FDP) Bützberger Ernst (Mitte) Gfeller Janick (Mitte) Jorio Marco (GLP) Wyss Eduard (Mitte) Aebersold Daniel (SVP) Bigler Markus (SVP) Fivian Bruno (SVP) Meister Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Bircher Andreas (SP) Dürst Iris (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Günther Paula (Grüne) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Maurer Rolf (SP) Mosimann Heidi (Grüne) Von Arx Roland (Grüne)

Abwesend	Federer Guido (SP), 1. Vizepräsident Marthaler Matthias (SP) Wirth Alfred (SP) Zürcher Deborah (parteilos) Zwyer Lukas (Mitte)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Hauser Adrian Kölliker Lenka Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abwesend	Gerber Urs
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung (bis 21.16 Uhr; Geschäft Nr. 3)
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 6. Februar 2023: Genehmigung
3. 12/31 Gemeindeverfassung
Verfassung der Einwohnergemeinde Worb, Änderung; Grundsatzfragen: Beantwortung
4. 32/2/8 Schulanlage Worbboden Worb (Parzelle 2241)
Oberstufenzentrum Worbboden, Gesamtsanierung: Erste Lesung
5. 37/2 Natur
"Vorbereitung auf sich durch den Klimawandel verändernde Naturereignisse", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
6. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsidentin Jost-Pfister Catarina: Hier habe ich einen Antrag zum Traktandum 3, Gemeindeverfassung, und zum Traktandum 4, Schulanlage Worbboden. Ich stelle den Antrag, dass wir diese Geschäfte in umgekehrter Reihenfolge behandeln. Grund dafür ist, dass wir auch Gäste auf der Tribüne haben, welche wegen dem Schulhaus gekommen sind und dass diese nicht zu lange darauf warten müssen.

Beschluss zum Antrag von Ratspräsidentin Catarina Jost-Pfister:

Der Antrag wird nicht bestritten und gilt somit als angenommen. Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt ansonsten unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 417	20.03.2023	1	2021/24-173	143	12/0/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich mache gerne eine Mitteilung zur Raumplanung. Die letzte Ortsplanungsrevision haben wir bekanntlich vor etwa zehn Jahren gemeinsam mit interessierten Einwohnerinnen und Einwohner vorbereitet und die Ziele mit diesen Leuten für die zukünftige Entwicklung von Worb formuliert. Eines der wichtigen Ziele lautet: Die Bevölkerungszahl soll mindestens gehalten werden, eine Zunahme von 50 Personen pro Jahr wird angestrebt. Also kein Rückgang der Bevölkerungszahl, auch keine Sprünge, aber wenn möglich ein stetiges leichtes Wachstum. Gesamtschweizerisch gilt, dass schon das Halten der Bevölkerung eine gewisse Bautätigkeit erfordert. Wir wissen, dass es in der Gemeinde Worb jährlich ca. 30 Wohnungen braucht, wenn die Bevölkerungszahl konstant bleiben soll. Eine weitere Zielsetzung lautete damals Innenentwicklung vor Aussenentwicklung, das heisst, die erforderliche Entwicklung der Gemeinde soll innerhalb der bestehenden Bauzonen stattfinden. Die Einzonung von Landwirtschaftsland wird erst dann in Betracht gezogen, wenn man merkt, dass das angestrebte Bevölkerungswachstum mit der Innenentwicklung allein nicht mehr erreicht werden kann. Dies steht übrigens ganz im Einklang mit dem revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetz. Das war vor zehn Jahren. Seither hat man das Potential der Innenentwicklung intensiv genutzt und wir stellen fest, dass die Reserven kurzum aufgebraucht sind. Es wird also Zeit, nun auch die Aussenentwicklung oder eine Einzonung von Landwirtschaftsland ins Auge zu fassen. Mögliche Einzonungskandidaten sind im Richtplan eingetragen. Unser wichtigstes Entwicklungsgebiet ist bekanntlich die Bächumatt. Eine schöne, stattliche Fläche von 5,3 ha, sehr gut geeignet für die weitere Entwicklung von Worb. Der Kanton teilt diese Einschätzung und hat die Bächumatt auch im kantonalen Richtplan als Siedlungsentwicklungsgebiet festgesetzt, notabene als einziges Gebiet in der Gemeinde Worb. Wir haben deshalb im letzten Jahr Kontakt mit dem Grundeigentümer aufgenommen. Wir wollten mit ihm klären, wie er sich das vorstellt, in welchen Schritten eine Entwicklung der Bächumatt für ihn Sinn macht. Der Grundeigentümer hat sich eine längere Bedenkzeit ausgedungen und mir Anfang Jahr mitgeteilt, dass die Bächumatt als Entwicklungsgebiet nicht zur Verfügung stehe. Die Begründung ist klar, seine Nachkommen wollen auch in Zukunft hier Landwirtschaft betreiben. Diesen Entscheid verstehen wir durchaus, aber für uns ist dieser recht einschneidend. Es ist klar, wenn der Grundeigentümer nicht mithilft, muss man nichts vorantreiben, der Schiffbruch wäre schon jetzt programmiert. Für mich ist wichtig, dass ihr wisst, dass es keine Entwicklung geben wird auf der Bächumatt, entgegen dem, was im Richtplan steht, da der Grundeigentümer nicht mitmacht. Für uns vom Gemeinderat gilt es nun zu klären, wo und wie sich die Gemeinde Worb ohne die Bächumatt entwickeln kann. Der Fächer ist für uns grundsätzlich offen, für uns ist alles möglich. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom letzten Montag beschlossen, eine Auslegeordnung und eine Neuausrichtung der Worber Siedlungsentwicklung an die Hand zu nehmen. Im Zentrum stehen drei Fragen: Wie kann Worb die erwähnte Zielsetzung, Halten der Bevölkerungszahl, wenn es gut geht, 50 Personen mehr pro Jahr, ohne Bächumatt erreichen? Was muss in

Bezug auf die Siedlungsentwicklung geändert werden? Muss man eventuell Änderungen vornehmen, zum Beispiel höher bauen? Wie muss allenfalls der Richtplan Siedlung angepasst werden? Ich teile euch dies gerne hier mit, weil Planungsgeschäfte erfahrungsgemäss eine grosse Resonanz in der Politik und in der Bevölkerung haben. Wir werden zu gegebener Zeit wieder darüber sprechen.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Die Schweiz ist spitze, spitze im Produzieren von Kunststoffabfall. Mit jährlich 109 kg pro Kopf sind wir europaweit Nummer 2 im Verbrauch von Plastik. Das Bundesamt für Umwelt schreibt in einem Bericht von einem beträchtlichen Verbrauch, der sich noch weiter steigern wird. Beinahe die Hälfte des ganzen Plastikverbrauchs, 350'000 Tonnen, macht Verpackungsmaterial aus den Haushalten aus. Wenn man schon nur dieses Verpackungsmaterial recyceln könnte, müsste man 175'000 Tonnen weniger neuen Kunststoff produzieren. Der Kanton Bern hat als erster Kanton, zusammen mit der Entsorgungspartnerin AVAG und der Kunststoffverwerterin InnoRecycling, eine Lösung für Sammlungen von Haushaltskunststoffe entwickelt, die für alle Berner Gemeinden einheitlich auf das Sammelsystem "bring plastic back" aufgebaut ist. Das Entsorgungsmonopol für den Abfall ist bei den Gemeinden, deshalb ist das Mitmachen bei dieser koordinierten Kunststoffsammlung für jede Gemeinde freiwillig. Es ist ein Ziel des Gemeinderates unsere Gemeinde nachhaltig weiterzuentwickeln, Ressourcen zu schonen, Stoffkreisläufe zu schliessen und schliesslich die Umwelt zu schonen. So war für uns klar, dass wir bei dieser nachhaltigen Sammelösung mitmachen. Es entstehen keine zusätzlichen Aufwände oder Kosten für die Gemeinde. Das Ganze wird eine Bring-Sammlung sein. An verschiedenen Verkaufsstellen werden Säcke in den üblichen Grössen, das heisst 17, 35, 60 und 110 Liter verkauft und die Preise werden den Gebührenmarken für den Schwarzkehricht entsprechen, je nach Gemeinde. Zu Beginn sind in der Gemeinde Worb bei der Läderach AG, Worb SBB und an der Sammelstelle in Rüfenacht Sammelboxen geplant. Mit Grossverteilern, die Plastik verkaufen, laufen Verhandlungen und es ist noch nicht klar, wer von ihnen mitmachen wird. Hoffen wir, dass sie mitmachen. Das Ganze startet am 1. Mai und benötigt zweifellos Bekanntmachung, auch über die Medien, die berichten werden. Geplant ist auch ein Flyer, der in jeden Haushalt geschickt wird, zusammen mit dem ersten Sack. Auf der Rückseite wird beschrieben, was reingehört und an welcher Stelle man sich noch besser informieren kann. Da wir in Worb bereits Spitze in der Abfalltrennung sind bin ich zuversichtlich, dass wir in Worb eine gute Plastiksammelquote erbringen werden.

Christensen Sven, FDP: Ich habe nur eine Frage, und zwar habe ich diese Frage schon einmal gestellt. Wir haben auf der Worber Homepage die abgeschlossenen Sitzungen. Wir können diese anklicken, und zwar bis zurück im Mai 2022. Wann sind die älteren Protokolle wieder online und zugänglich zum Nachschlagen?

Fivian Bruno, SVP: Ich äussere mich hier bei den Mitteilungen zu dem Geschäft der Sanierung Worboden aus bürgerlicher Sicht. Zuerst danke ich den vier und den vier unschlüssigen Stimmern, ausserhalb des bürgerlichen Blocks. Auf unsere Bitte hin, haben sie an der letzten Sitzung vom 6. Februar einem Gespräch zugestimmt. Das anschliessende Gespräch war, trotz harter Worte aus diesen Reihen, versöhnlich und ich finde es cool, dass nur zwei Mitglieder, die unser Gespräch abgelehnt hatten, auch nicht anwesend waren. Die anderen sind diesem demokratischen Entscheid gefolgt und haben sich beteiligt. Ich bezeichne das Resultat dieses Gesprächs als Erfolg. Wir hatten für die Sitzung vom 6. Februar sieben Anträge vorbereitet und mit den Aufklärungen, die wir inzwischen machen konnten, verbleiben zum heutigen Stand noch zwei. Wir haben euch diese absichtlich vor den Fraktionssitzungen zugestellt, damit ihr innerhalb der Fraktion darüber befinden könntet und ihr dies nicht heute Abend an der Sitzung Ad Hoc machen müsst. Jetzt nehme ich politisch Bezug auf ein paar Gerüchte, die mir zu Ohren kamen. Nach der Sitzung damals am Abend wurde ich von den Medien gefragt, ob wir es darauf anlegen würden, das Geschäft zu torpedieren. Ich habe auch gehört, dass es angeblich darum gehe, die Sanierung hinauszuzögern oder auf die lange Bank zu schieben. Alles Verschwörungstheorien. Das vorliegende Projekt muss noch vom Volk abgesegnet werden. In der Botschaft für die Stimmbürger wird betreffend der Finanzierung in sechs Sätzen die Stellungnahme von der FIKO praktisch verdreht und wir sind der klaren Auffassung, dass das vorliegende Projekt ohne Steuererhöhung nicht finanziert werden kann und somit für uns finanziell nicht tragbar ist. Zusätzlich kommt das offensichtliche Problem mit den 15 Klassen in 50 Schulräumen. Die Öffentlichkeit wird davon Wind bekommen und ich finde, wir sind zurecht in Sorge, dass die Sanierung dieses Schulhauses erneut gegroundet werden kann. Unser erster Antrag versucht, die Kosten des vorliegenden Finanzierungskonzepts zu reduzieren, der zweite Antrag soll zusätzliche Erträge aus den neu geschaffenen, überflüssigen Räumen generieren. Mit der Erfüllung dieser beiden Anträge würde

das Sanierungsprojekt für uns von unfinanzierbar auf finanzierbar wechseln. Ihr seht, es geht nicht um Torpedierung, sondern um die Rettung des Projektes. Dann habe ich noch zwei weitere Sachen, auf die ich aufmerksam gemacht wurde, und zwar handelt es sich um zwei Entschuldigungen. Die erste geht an unsere Ratspräsidentin. An unserer letzten Sitzung haben wir anschliessend ein Gespräch geplant, somit jedoch das Apéro der Ratspräsidentin sabotiert. Es hat niemand daran gedacht, wahrscheinlich auch aus dem Grund, weil Apéros in den letzten Jahren rar waren. Dafür entschuldige ich mich in Namen der bürgerlichen Fraktionen aufrichtig. Ich habe der Ratspräsidentin unser Betrübnis darüber mitgeteilt und angeboten, dass sie mit den Bürgerlichen über eine Gutmachung sprechen könne. Auf diese Antwort warte ich zurzeit noch. Die zweite Entschuldigung spreche ich dem Hauswart des Worbodens aus. Eine Woche nach der Parlamentssitzung hat mich dieser Hauswart bereitwillig durch das Schulhaus geführt, welches ich in meiner Schulzeit nie besucht hatte. Das war auch der Grund, denn ich war mit der Grösse und dem Umschwung der Anlage nicht vertraut. Im vorliegenden Antrag habe ich mich betreffend die Kapazität der Schulanlage auf den Hauswart bezogen, da er während des Rundganges dabei war. In Anbetracht der Tatsache, dass er als Angestellter der Gemeinde ins verbale Kreuzfeuer geraten ist, war natürlich nicht der Sinn, war die Formulierung im Antrag sehr unglücklich gewählt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Zu der Frage von Sven. Das Aufschalten der Protokolle ist nicht ganz trivial, aber wir werden sie bis Anfang Legislatur zurück aufschalten und falls ihr etwas von früher benötigt, meldet euch bei der Präsidialabteilung. Sie können euch das Gewünschte dann zustellen.

Protokoll der Sitzung vom 6. Februar 2023: Genehmigung

Sitzung Nr. 417	Datum 20.03.2023	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-174	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Oberstufenzentrum Worboden; Gesamtsanierung: Erste Lesung

Sitzung Nr. 417	Datum 20.03.2023	Traktandum 3	Beschlussnummer 2021/24-175	Geschäftsnummer 620	Archivnummer 32/2/8
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Ich wollte gerade das machen, was ich das letzte Mal nicht konnte und nicht dazu gekommen bin. Nämlich, ein Eintreten empfehlen. Ich komme zu den Überlegungen der GPK. Die GPK muss die Vorgänge, welche bei der letzten Sitzung waren, nicht beurteilen und nicht bewerten. Wir stellen fest, dass grundsätzlich alle Unterlagen des Geschäfts vorliegen, mit der Erweiterung zur Stellungnahme zu den Fragen. Dafür sind wir dankbar. Wir hätten aber noch gerne die Absender der Fragensteller mitgeliefert bekommen. Von wem kommen die Fragen. Die GPK muss sich auch nicht zum Geschäft äussern. Was die GPK aber zwingend möchte, wenn es Richtung Volksentscheid geht, ist eine angemessene, transparente und ehrliche Kommunikation zum Projekt gegenüber der Bevölkerung. Mit der Aufzeigung der längerfristigen Konsequenzen, auch im Hinblick einer möglichen Steuererhöhung, welche möglicherweise mit dem Geschäft verbunden ist. Wir würden es sehr begrüßen, wenn wir die Botschaft an die Bevölkerung sehr professionell machen würden. Möglicherweise würde es sich lohnen, hier ein wenig Geld in die Hände zu nehmen. Wir hätten noch zwei Fragen, die in der GPK aufgetaucht sind. Gibt es für die Kommunikation des Geschäfts ein gewisses Konzept? Hat man sich überlegt, über welche Kanäle die Kommunikation laufen soll und/oder ist dies Sache der Parteien? Da gäbe es vielleicht noch ein paar Fragen zu beantworten. Jemand hat noch gefragt, ob die Inflation bei der Finanzierung auch schon berücksichtigt wurde.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich versuche vorab die Fragen der GPK zu beantworten. Zur ersten Frage. Hat man ein Konzept für die Information der Öffentlichkeit? Nein, das hat man nicht. Nein, man

hat kein Konzept erarbeitet. Es wird auch kein Informationsabend für die Öffentlichkeit organisiert. Informationen für die Öffentlichkeit laufen alle über die Abstimmungsbotschaft, über Medien, die sonst laufen, und sicher auch über die Parteien, welche die Leute informieren werden. Aber offiziell ist kein Konzept erarbeitet worden. Zur zweiten Frage, betreffend der Inflation oder Teuerung. Nein, die Inflation oder eine Teuerung wurde nicht mit eingerechnet. Kostenberechnungen basieren auf den Zahlen vom Oktober 2022, damals wurden diese festgelegt. Es wird so sein, dass danach das Submissionsverfahren die tatsächlichen Kosten, welche im Markt erreicht werden können, aufzeigen wird. Und je nachdem, wo es hingehet, dies kann man heute noch nicht sagen, muss man vielleicht einen Nachkredit beantragen. Es sind jedoch Reserven eingerechnet worden, mit dem Ziel, Unsicherheiten bei der Planung oder eventuell bei der Ausführung, welche passieren können, zu decken. Das wäre das, was ich sagen wollte, auf die zwei Fragen der GPK. Unser Oberstufenzentrum Worbbooden, erbaut zwischen 1973 bis 1975, eine grosse, mächtige Schulanlage mit zwei versetzten KlassenTrakten, Aula, Turnhalle und einer grossen Sportinfrastruktur. Kostenpunkt seinerzeit 17 Millionen Franken. Seit 48 Jahren wird fast täglich das ortsbildprägende, rote Gebäude und Anlage von hunderten Schülerinnen und Schülern sowie Erwachsenen von Morgens um 07.00 Uhr, bis am Abend um 22.00 Uhr genutzt. Die Schulanlage verbindet sehr viele Worberinnen und Worber emotional an eine kürzlich oder längst vergangene Schulzeit. Wie bei jedem Gebäude hat man im Oberstufenzentrum nach einer 37-jährigen Beanspruchung über erste Sanierungsarbeiten ernsthaft nachdenken müssen. Westseitige Fassadenelemente sind morsch geworden. Die Fenster haben angefangen, sich zu verziehen und man musste sie festschrauben. Die Flachdächer haben angefangen zu rinnen. Im Jahr 2012 hat der Gemeinderat aus diesem Grund den ANS Architekten von Worb den Auftrag erteilt, ein Vorprojekt zur Sanierung zu erarbeiten. Die Sanierung ist dann aufgrund der hohen Kosten von dazumal 12 Millionen, plus minus 25 Prozent, nicht weiter verfolgt worden. Man kam aber nicht drum herum, drei von vier Flachdächer zu sanieren und das zwischen 2013 und 2015. Der Lehrerbereich wurde ebenfalls im Jahr 2015 saniert, respektive umgebaut. Im Jahr 2017 hat man ein GEAK-Bearbeitungsbericht erstellt. Im Jahr 2018 ist ein erstes, internes Vorprojekt zur energetischen Sanierung mit einer elektro verchromten Glasfassade erarbeitet worden. Im Jahr 2020 hat man das Gebäude am Fernwärmenetz angeschlossen. Die Haltung des Gemeinderates war nach wie vor, dass es eine umfassende, neue Abklärung braucht, wie die Schulanlage saniert werden soll. Aus diesem Grund hat man dem GGR im September 2020 ein Projektierungskredit von 234'000 Franken beantragt, mit dem Ziel, es soll einen Studienauftrag durchgeführt werden, welche fundiert aufzeigt, mit welchem Sanierungskonzept die zahlreichen Vorgaben am besten und zielgerichtet erfüllt werden könnten. Aus diesem Studienauftrag ist ein Siegerteam hervorgegangen, und zwar die Büro B-Architekten, welche, die zu erwartenden Gesamtsanierungskosten neu eruierten und berechnen mussten. Zu diesem Zweck ist im GGR im März 2022 ein weiterer Projektierungskredit von 690'000 Franken bewilligt worden. Mit dem Ziel, ein Vorprojekt Plus, mit einer Kostengenauigkeit von plus minus 10 Prozent zu erarbeiten. Aufgrund von diesen Daten, Berechnungen und Abklärungen hat unser Gemeindeschreiber, Christan Reusser, die ausführliche Botschaft zu Händen des GGR erarbeitet. Aufgrund des Umfangs und der Komplexität des Geschäfts haben wir von Anfang an, einen Informationsabend und zwei Lesungen im GGR eingeplant. Weil der GGR an der letzten GGR-Sitzung vom 6. Februar eine Verschiebung beschlossen hatte, haben wir heute die erste Lesung. In der Zwischenzeit hatten die Fraktionen die Möglichkeit, offene Fragen zur Botschaft schriftlich zu stellen und sind dementsprechend auch beantwortet worden. Zusätzlich sind im Vorfeld zu dieser Sitzung zwei Anträge eingegangen, über welche ihr heute Abend befinden könnt. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion und dass ihr dem Antrag des GR, zu einer zweiten Lesung, zustimmen werdet.

Lanfranconi Elena, FDP: Die Fraktionen der SVP und der FDP sind für die Beratung dieses wichtigen Geschäfts zusammengesessen. Ich darf deshalb für beide Fraktionen sprechen. Ich werde aber versuchen mich kurz zu halten und nicht doppelt so viel Zeit benötigen. In meinem Votum möchte ich auf drei Themen eingehen. Erstens, was die SVP und die FDP wollen, zweitens, was wir nicht wollen und drittens, möchte ich die beiden Anträge, welche ihr schon gesehen habt, erläutern. Ich starte mit dem, was die SVP und die FDP wollen. Das sind drei Sachen. Erstens: Die Sanierung des Schulhaus Wobo ist nötig. Und es muss in die Hand genommen werden. Die Ausgangslage, wie sie im Entwurf der Botschaft an die Stimmberechtigten beschrieben ist, ist mehrheitlich stimmig. Der Anspruch, dass ein Schulhaus in allen Bereichen, aber immer auf dem neusten Stand sein muss, geht für uns aber zu weit. Zweitens: Eine zeitgemässe Schulinfrastruktur ist aber doch wichtig. In der Logik der SVP und der FDP muss die Diskussion geführt werden, was wünschbar und was notwendig ist. Wenn man den Text im Abschnitt der Zielsetzung im Entwurf der Botschaft der Stimmberechtigten liest, dann merkt man, dass hier mit der grossen Kelle angerichtet wird. Und die Frage nach dem

Wünschbaren und Notwendigen nicht gestellt wird. Bei diesem Vorgehen und dem weitgehenden Anforderungskatalog muss man damit rechnen, dass die Stimmberechtigten hellhörig und ein wenig kritisch werden. Und drittens: Die SVP und die FDP wollen mit dem Steuerfranken sorgfältig umgehen und sicherstellen, dass die Gemeinde all ihre Aufgabe wahrnehmen kann. Wir finden, es ist keine gute Politik, wenn wegen diesem Projekt die Schuldenbremse über den Haufen geworfen und der Schuldenberg von 57 Millionen Franken, anstelle der 40 Millionen, akzeptiert wird. In dieser Politik fehlt das Geld und die Flexibilität für andere wichtige Gemeindeaufgaben, welche noch auf uns zukommen werden. Und jetzt noch zu diesen zwei Sachen, welche wir nicht wollen: Wir wollen in die Bildung unserer Kinder investieren und nicht nur in Beton. Unsere Bildungsinfrastruktur muss schlank, effizient sein und ihren Zweck erfüllen. Ein Luxusschulhaus bietet keinem einzigen Kind einen besseren Start ins Leben. Wir wollen, dass der Bildungsfranken bei unseren Kindern ankommt und nicht übermässig in Häuser geht. Und zweitens: Wir sagen Nein zum Prinzip, nur das Beste ist gut genug. Für jedes Problem gibt es mehrere Lösungsvarianten. Und dies ist auch beim Bauen so. Es ist vor allem beim Bauen so. Über Vor- und Nachteile über verschiedene Lösungsvarianten zu sprechen, ist unsere Pflicht. Für das Parlament und überhaupt für die Politik. Warum es für das 26 Millionen-Projekt keine Varianten zum Diskutieren und auch kein Debattierorschlag gibt, ist für uns nicht einsichtig. Dies wird wahrscheinlich auch den Stimmberechtigten sauer aufstossen. Der ausgeprägte, kompromisslose Ansatz des Gemeinderates ist gefährlich. Der Ansatz ist so gefährlich, dass das Projekt am Schluss an der Urne scheitern könnte, weil das Ruder überladen ist. Dies darf nicht passieren. Die Fraktionen SVP und FDP erwarten Varianten. Bevor ich zu den Anträgen unserer Fraktionen komme, möchte ich noch drei Punkte unterstreichen: Eine zeitgemässe Infrastruktur ist wichtig, sie muss schlank sein und ihren Zweck erfüllen. Das Geld muss bei den Kindern ankommen und nicht mehr als nötig in die Häuser fliessen. Und drittens, die Sanierung müssen wir ins Trockene bringen. Das geht nicht, wenn wir den Ansatz, nur das Beste ist genug, verfolgen. Deshalb komme ich zu diesen Varianten und zu diesen Anträgen, welche wir fordern. Beim ersten Antrag möchten wir, dass der Gemeinderat eine Lösung ausarbeitet, wo der Bauablauf so gestaltet wird, dass in den kritischen Phasen die Kinder in anderen Schulhäusern unterrichtet werden können. Beim zweiten Antrag geht es darum, dass wir den Schulraum effizienter nutzen wollen. Im Worboden Schulhaus gibt es mehr Schulräume als für 15 Klassen notwendig wären. Und die Bewirtschaftungskosten werden dadurch nicht geringer. Es gibt auch einen nachhaltigen Aspekt, wenn man das Raumangebot, anderen Institutionen, zum Beispiel der Musikschule oder der Kita zur Verfügung stellt.

Jorio Marco, Mitte/glp: Unsere Fraktion befürwortet beide Kredite, auch wenn uns die Höhe der Kosten, schwindelig macht. Wir sehen keine Möglichkeiten von grösseren Einsparungen, welche später wieder als Ausgabe anfallen werden. Auch die beiden Vorstösse der SVP und FDP ändern nichts an der Notwendigkeit, dass die Gebäude saniert werden müssen. Wir sehen auch kein Luxus in diesem Projekt. Ich bin selbst die grossen, dicken Ordner anschauen gegangen und habe in mehreren gesehen, dass nicht die teuerste Variante genommen wurde, sondern eine mittlere Variante. Ein Neubau, wie er in unserer Aussprache vorgestellt worden ist, scheint uns unrealistisch. Zudem ist die Substanz gut und ein Abbruch wäre eine ökologische Sünde. Der Vorwurf, es gibt kein Plan B ist falsch, es gibt ihn nämlich. Nämlich so weiterfahren wie bis jetzt und punktuell sanieren und flicken. Aber das hat sich in den letzten zehn Jahren nicht bewährt. Wir können so weiterfahren, aber der Worboden wird so zu einer Dauerbaustelle, welches für die Schule, Schüler und Lehrer, nicht vorteilhaft wäre. Unzufrieden sind wir mit der Botschaft des Stimmvolkes. So kommen wir sicher nicht durch, da sind wir wieder der gleichen Meinung wie die SVP und FDP. Sie ist einerseits in wesentlichen Punkten lückenhaft und in anderen zu detailliert. Man spürt, dass sie von der Bau-Seite herkommt. Man merkt es schon am Jargon, wenn von identitätsstiftenden Elementen, von Sieglungsgefüge und konservativem Ansatz die Rede ist. Wer versteht das schon? Uns fehlt bei dieser Botschaft den Hinweis auf die Kosten bei einem allfälligen Neubau, Problematik von Plan B, flicken oder weiterwursteln, Finanzierung, darüber hat es gerade zwei Zeilen, dafür elf über die Lüftung. Es gibt keine Hinweise über die Wärmerückgewinnung, Sommerkühlung, Schadstoffe, welche sind das überhaupt? Was passiert bis zum Baubeginn im Februar 2026? Dann sind für uns die 1'534 Franken pro Quadratmeter ein Beschiss. Es fehlen nämlich die Sanierungen von den letzten Jahren. Die Dächer und der Lehrerbereich, die müsste man mindestens auch noch aufführen. Dann gibt es da noch einen Stolperstein, den Hinweis auf den Lehrplan 21, welcher auch nicht mehr taufisch ist. Dann könnte man nämlich die Gegner des Lehrplanes zu einem Nein animieren. Die Sanierung ist nämlich nötig, von dieser Gebäudehülle und dem Inneren, Lehrplan hin oder her. Die Botschaft muss also noch einmal gründlich überarbeitet werden. Warum nicht auch die GPK miteinbeziehen, wir sind ja für das da. Die beiden Vorstösse sind sicher gut gedacht, kommen aber unseres Erachtens, ziemlich sehr, sehr spät. Aber weil dies bis zur zweiten Lesung

beantwortet sein soll, werden, wir uns nicht dagegen sträuben, dass der Gemeinderat uns darüber Informationen gibt.

Bircher Andreas, SP+Grüne: Jetzt spreche ich nicht als Präsident der GPK, sondern als Stimmbürger und als Kind der siebziger Jahre. Ich wuchs in den siebziger Jahren auf, ich habe meine Pubertät in den Siebzigern abgeschlossen und dies war eine meiner schönsten Zeiten meines Lebens. Es gab einen Gesellschaftlichen Aufbruch, Fortschritte, Offenheit, und Zukunft. Jetzt muss ich noch etwas anderes sagen: Meine Mutter war die erste Schulpflegepräsidentin in diesem Dorf, wo ich aufgewachsen bin, im aargauischen Freiamt. Und was machte sie? Sie baute ein Schulhaus. Dieses Schulhaus wurde vor fast zwanzig Jahren saniert und erweitert. Weil die Gemeinde ziemlich gewachsen ist, bekamen sie sogar eine Doppel-Turnhalle. Siebziger Jahre. Da baute man auf die Zukunft hin. Und eigentlich möchten wir von der Fraktion SP+Grüne, dass man den Zukunftsgedanke weiterträgt und weiterbringt. Dass man den Zukunftsgedanke, für die nächsten dreissig Jahren, Rechnung trägt. Die Gemeinde schafft ein infrastrukturelles Fundament für die Ausbildung von ihren Schülerinnen und Schülern und mit der Sanierung sagt sie, wir setzen auf die Zukunft, wir setzen auf unsere Jugend. Zweitens: In den Siebzigern hat man zum Teil, architektonisch gesehen, viel Fragwürdiges gebaut, ökologisch viel Zweifelhafte, Stichwort Asbest und einen Haufen Häuser, wo man damit halb Westeuropa geheizt hat. Der Worboden, dies habe ich, als ich vor gut zwölf Jahre hierhergezogen bin, schnell gemerkt, ist eine Ausnahme. Dieses Gebäude ist ein Vorzeigeprojekt, es ist markant. Ein Gebäude, auf welches die Gemeinde stolz sein darf. Auch wenn es äusserlich keine Rolle spielt, die architektonische Qualität. Die ästhetische Qualität von einem Gebäude, hat auf alle einen Einfluss, welche sich in diesem Gebäude aufhalten. Und als Kind und Jugendliche, die einen grossen Teil ihrer Lebenszeit darin aufhalten. Ich habe versucht auszurechnen, wie viele Schülerinnen und Schüler schon durch den Worboden gegangen sind. Wahrscheinlich zwischen acht und zehntausend. Und wahrscheinlich waren es etwa fünfhundert Lehrerinnen und Lehrer, die dort unterrichtet haben. So eine grobe Schätzung. Und da gibt es noch den dritten Punkt: Der Ökonomische. Eigentlich ist eine Gesamtanierung angezeigt, dies ist letztendlich von niemanden von uns zu bestreiten. Und als ökonomische Gründe kommt eigentlich nur eine Gesamtanierung in Frage. In einem grossen Wurf, weil alles andere, Marco hat es vorhin schon erwähnt, ist ein Flickwerk und bringt nichts als nur eine Dauerbaustelle. Aus diesen Gründen ist die Fraktion SP+Grüne für eine grundsätzliche Gesamtanierung, ohne Wenn und Aber.

Cetin Mayk, EVP: Ich beginne mit etwas Positivem. Ich bin der Meinung, die Schülerinnen und Schüler sind von all dem Ganzen in unserem Zentrum. Schon deshalb darf man den Antrag, wo es um den Verzicht für ein Provisorium der Verteilung der Schülerinnen und Schülern geht, gar nicht zustimmen. Warum? Wir wissen, es ist ein Oberstufenzentrum, es sind Schülerinnen und Schüler von der siebten, achten und neunten Klasse dort. Es ist der entscheidende Moment für die Lebenslaufbahn dieser Schüler. Das heisst, genau dann zu experimentieren, ich weiss nicht, ich würde es strengstens nicht empfehlen. Es geht über den Gymnasium Übertritt, es geht um die Lehrstelle. Wir wissen es auch heute, das neue System ist so, ein Realschüler ist nicht gleich ein Realschüler und ein Sekundarschüler ist nicht gleich Sekundarschüler. Man kann auch in zwei Klassen sein und organisatorisch wird dies ein riesiges Hin und Her sein. Und dies steht nicht im Zentrum oder nicht im Interesse von den Schülerinnen und Schülern. Dies war einmal das Erste. Finanzen, ja, da muss ich euch zustimmen, die Finanzen sehe ich in der Botschaft nicht gut genug vertreten. Da nahm schon Marco Stellung dazu. Dies kann man definitiv noch ausbauen. Vor allem die Auswirkungen. Was heisst das genau, wenn wir die über 27 Millionen ausgeben? Insbesondere auch, was es für uns als Gemeinde bedeutet. Welche Investitionsvorhaben werden wir nach diesem Brocken haben? Werden wir noch so investieren können? Solche Sachen fehlen im Moment in der Botschaft. Es ist wichtig, dass man solche Sachen bringt, denn Transparenz ist zwingend notwendig. Man sollte auch nicht weiter so spekulieren, im Sinne, die Gemeinde kann weiter so investieren. Es ist auch weiterhin so, die Wahrheit zu sagen. Die Schuldenbremse haben wir nicht. Dies darf ich, glaube ich, behaupten. Ich war in der FIKO, wir haben diese Kennzahlen so definiert. Es sind Richtwerte für die Gemeinde und nicht verbindlich. Sie gelten als Ampelsystem, welche sicher hilfreich sind. Aber es ist keine Schuldenbremse. Dies ist ganz wichtig, nicht dass wir hier Unwahrheiten erzählen. Es heisst, wir könnten, wenn wir es möchten, die Marke von vierzig Millionen oder das Eigenkapital von fünf Millionen, über- oder unterschreiten. Und auch das Thema Luxus Projekt, da muss ich schmunzeln. Ich bin auch in der Bildungskommission, wie ihr wisst, und wir haben dieses Thema durchgenommen und ich hatte nie den Eindruck, dass es ein Luxusprojekt ist. Im Gegenteil. Man versuchte sogar Sachen herauszustreichen, wo man sagen könnte, dies wäre vielleicht noch notwendig gewesen. Dies wäre übrigens unser einziger Einwand, die IV-WCs im Turnhallentrakt, wo man jetzt darauf verzichtet. Sie wären aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, weil man

es in der Turnhalle hätte. Ich würde es empfehlen, so aufzunehmen. Kostet aber Geld. Aber in der grossen Summe, einen relativ kleinen Brocken. Aber, wäre gerechtfertigt. Aber man hat ihn gestrichen. Man wollte es nicht. Und jetzt so von einem Luxusprojekt zu sprechen, wäre nicht ganz gerechtfertigt.

Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich habe zuerst ein Eingangswort, welches ich gerade erfunden habe. Ich würde zuerst eine Einleitung machen, und anschliessend Stellung zu den beiden Anträgen nehmen. Es ist mir sehr wichtig, als Departementsvorsteher Bildung, stehen für mich natürlich die Schülerinnen und Schüler, aber genauso die Lehrpersonen und die Schulleitung, all jene, welche das Schulhaus benützen, Sportclub, Musik, all diese, im Zentrum. Und dies ist nicht nur, weil es von Amtes wegen ist, sondern, es ist ganz tief hier drinnen. All dies, was wir tun, die Personen, welche die Schulanlagen benützen, denen soll es gut gehen, diese sollen sich wohl fühlen. Es macht durchaus Sinn, dass sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier intensiv mit einem GGR-Geschäft auseinandersetzen. Es macht ebenso Sinn, dass sie ein Geschäft kritisch hinterfragen. Und es macht auch Sinn, wenn sie auf unkonventionelle Lösungsansätze stossen und diese im Parlament zur Diskussion bringen. Es kann ja wirklich sein, dass die Personen, die ein Geschäft intensiv vorbereitet haben, in unserem Fall, das Architekturbüro Büro B, Fachpersonen, Verwaltung, insbesondere Bauabteilung und Departement Bildung, Schulleitung, Lehrpersonen und auch der Gemeinderat, welche sich während Monaten mit dem Thema auseinandergesetzt haben, dass diese Leute vor lauter Bäumen plötzlich den Wald nicht mehr sehen. Dass ihnen eine naheliegende Möglichkeit der Problemlösung entgangen ist. In diesem Licht sehe ich die beiden Anträge der SVP und der FDP. Aber, ich versichere euch: Bei dieser Vorlage, bei der Gesamtanierung des Oberstufenzentrums Worbboden, da ist bei der Vorbereitung nichts ausgelassen worden. Noch nie gab es in Worb eine Sanierungsvorlage, die dermassen komplex und dermassen komplett vorbereitet wurde. Sei es aus baulicher, oder sei es aus pädagogischer Sicht. Heute geht es neben den Finanzen, vorab auch um die pädagogischen Aspekte dieser Sanierung. Und in diesem Zusammenhang, Andreas, du hast es auch gesagt, muss ich einmal mehr, meinen Hut ziehen, vor dem Architekturbüro Hebeisen und Vater, welches vor fünfzig Jahren diese wunderbare Schulanlage geplant hat. Seine Grosszügigkeit, die Weitsicht von diesem Büro erlauben es, dass mit relativ geringem Aufwand das Schulhaus für einen modernen, zeitgemässen, heutigen Unterricht umgebaut werden kann. Dies ist nicht selbstverständlich. Andere Beispiele von umliegenden Gemeinden zeigen etwas anderes und hilft letztlich Kosten zu sparen. Auch wenn wir natürlich in einem höheren Bereich sind. Die neu geplante Raumaufteilung ist von Fachleuten der PH-Bern, von der Schulleitung und, was für mich besonders wichtig ist, von den Lehrpersonen im Worbboden begleitet worden. Die geplante Raumeinteilung findet Ihr im Anhang zwei der Botschaft. Dort ist jedes Stockwerk, jeder Trakt aufgezeichnet. Es ist falsch, wenn man argumentiert, dass man hier vor fünfzig Jahren ja auch Schule hatte. Das würde ja auch im Jahr 2025 gehen. Nein. Dem ist nicht so. Auch die Pädagogik und die Unterrichtsgestaltung ändern sich. Die haben sich geändert und sie werden sich ändern. Sie haben sich vom Gotthelf bis zum Lehrplan 95 geändert und sie werden sich wieder ändern, das ist der Lauf der Zeit. Niemand von uns weiss, was für pädagogische Grundhaltungen in fünfzig Jahren gelten. Aber eins weiss ich: Wir müssen nicht zurück, sondern die heutige, aktuelle Sicht der Dinge anschauen. Wir machen den Worbboden für die nächsten vierzig Jahre fit. Nicht für gestern und nicht für das Jahr 3000. Ich kann es kurz machen. Die beiden Anträge sind zwar gut gemeint und ich akzeptiere sie. Wirklich. Sie sind aber ganz klar abzulehnen, denn die beiden Anträge sind nicht umsetzbar. Der Antrag will, dass die Sanierung des Worbbodens ohne ein Provisorium auf dem roten Platz durchgeführt wird. Man schlägt vor, die Klassen auf andere Schulhäuser zu verteilen. Im Antrag wird auch eine Etappierung vorgeschlagen. Zur Etappierung: Der Bericht Vorprojekt Plus gibt folgende Auskunft, ich zitiere: "Eine Etappierung der Gesamtanierung wurde geprüft. Es zeigte sich, dass eine Etappierung innerhalb des Klassentraktes aus den folgenden Gründen nicht möglich ist: Wiederholter Auf- und Abbau von Provisorien für Elektro, Heizung, Sanitär und Sicherheit, längere Beeinträchtigung des Schulbetriebes, erhöhtes Risiko auf Know-how Verluste wegen Personalwechseln. Eine Etappierung nach den Gebäuden, Klassentrakte und Turnhalle/Aula, hat dieselben Nachteile. Es werden lediglich etwas weniger Provisorien benötigt. Insgesamt führt eine Etappierung des Projekts nur zu einer längeren Bauzeit und zu höheren Kosten. Offensichtliche Vorteile hat sie keine." Über eine Etappierung hat zudem Rolf Nöthiger am Orientierungsanlass ausführlich informiert. Dann komme ich zur Verteilung der Klassen auf die verschiedenen Schulhäuser. Vor allem auch Ausserorts. Die Verteilung der Klassen auf verschiedene Schulhäuser kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Frage. Über all dem steht das Bildungsreglement. Im Artikel 6 des Bildungsreglements steht geschrieben: "Der Unterricht auf der Sekundarstufe erfolgt im gleichen Schulhaus, aber in getrennten Real- und Sekundarklassen." Ein zweiter Punkt ist: Auf Sekundarstufe 1 haben wir das Fachlehrerprinzip. Dies sind Lehrer,

welche zwei, drei Fächer unterrichten. Französisch, Deutsch und Geschichte, jemand anderes macht Mathematik und Singen, was auch immer. Wie soll das gehen, wenn eine Lehrperson um 08.00 Uhr eine Lektion französisch in Richigen hat, dann für die nächste Lektion in die Sonnhalde wechselt und dann nach Enggistehaus gehen muss? Logistisch ist dies nicht machbar, auch Stundenplan technisch nicht. Umgekehrt, wenn die Fachlehrperson im Raum bleibt, müsste man die Klassen zügeln und der Schulbus ist nicht ganz gratis. Ein dritter Punkt: In den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik, wird ein sogenannter Niveau-Unterricht erteilt. Beispielsweise kann ein Kind der Realklasse den Deutschunterricht, weil es im Deutsch keine Probleme hat, in einer Sekundarklasse besuchen. Das Verteilen der Klassen auf verschiedene Schulhäuser lässt einen Niveau-Unterricht nicht mehr zu. Und das wäre ein ganz gewichtiger Verlust in unserem Bildungswesen. Und noch einen letzten Punkt: Wir wollen die Erfahrung, welche Bolligen im Moment macht, nicht nachmachen. Dort wollte man die Sanierung des Eisengass-Schulhauses bei laufendem Betrieb durchführen. Man hat schnell gesehen, dass das nicht funktioniert. Lärmemissionen, Gefahren von Baustellen für Schülerinnen und Schüler, ähnlich wie es im Worboden herauskommen würde. Für zwei Jahren gehen jetzt die Schüler im Rothus zur Schule. Da hatten sie Glück, dass sie noch ein Schulhaus hatten, welches noch frei ist. Dies hätten wir nicht. Diese Erfahrung sollten wir nicht nachmachen. Aus all diesen Gründen bitte ich euch, den Antrag abzulehnen. Beim zweiten Antrag geht es um ein Konzept überflüssiger Kapazitäten im Worboden. Dieser Antrag will, dass wir dem GGR ein Konzept vorlegen, welches aufzeigt, wieviel Schulraum im Worboden effektiv benötigt wird. Ich höre da immer diese 56 Zimmer, ich kann hier nicht ganz nachvollziehen, ob hier die Toiletten auch einberechnet sind, das weiss ich nicht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus der SVP und der FDP. Ich mache keine Arbeitsverweigerung, dies liegt mir nicht. Aber wir brauchen kein diesbezügliches Konzept zu erarbeiten, denn wir kennen die Antwort. Im Anhang zwei des Berichts, ich komme noch einmal darauf, ist aufgezeigt wie die Schulanlage genutzt wird. Und es ist keine Luxusvariante. Es ist das, was eine heutige Schule ausmacht. Das Departement Bildung plant nie Schulraum in Reserve. Wir können die Zahl der Schülerinnen und Schüler nur bedingt im Voraus abschätzen. Ich möchte hier nicht ins Detail gehen. Wie sie sich in unserer Gemeinde entwickelt, wissen wir nur bedingt. Jetzt haben wir gerade gehört, dass die Einzonung der Bächumatt nicht in Frage kommt. Wir gehen aktuell nicht davon aus, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler hier in Worb massiv verändern wird. Im Worboden ist tatsächlich weiterhin geplant, auch nach der Sanierung, dass die Musikschule wie bisher, vier halbe Klassenzimmer nutzen wird. Sollte es sich aber zeigen, dass mittelfristig tatsächlich zu viel Schulraum vorhanden ist, dann werden wir auf jeden Fall dafür sorgen, dass er anderweitig genutzt werden kann. Schulraum lassen wir nicht einfach leer. Wahrscheinlich werden wir im Oberstufenzentrum nicht unbedingt eine Kita oder eine Spielgruppe einquartieren. Aber da gibt es viele andere Möglichkeiten. British School wurde genannt, Sprachheilschule, was auch immer. Da gibt es ganz viele Möglichkeiten, wo man überflüssige Schulräume nutzen kann. Aber im Moment sieht es nicht danach aus. Der Worboden wird weiterhin 15 Klassen haben. Dies ist mittelfristig gegeben. Falls es zu viel Schulraum hätte, dann entscheiden wir dies im Moment, wo es eintritt und nicht im Voraus. Erst wenn es konkret wird, können wir über solche Sachen nachdenken. Die Anforderungen an den heutigen Schulraum haben sich in den letzten 50 Jahren verändert. Das ist so. Ich habe in der Einleitung darauf hingewiesen und will mich nicht wiederholen. Ein Schulhaus wird nicht primär nach Anzahl Schülerinnen und Schüler gebaut, sondern nach Anzahl Klassen. Und ich sage es noch einmal: Der Worboden wird auch in der nächsten Zeit 15 Klassen haben. Zwei Sekundarklasse, zwei Realklasse und danach eine Spez. Sek-Klasse pro Jahrgang. Und in der 9. Klasse sind es zwei Sekundarklassen und zwei Realklassen. Und der 15. Raum ist die Time-Out-Schule. Der vorhandene Raum im Worboden wird künftig besser genutzt. Jetzt ist es nämlich so, dass irgendeine Klasse hier ihr Klassenzimmer hat und den Gruppenraum in einem anderen Raum. Dies ist nicht ideal. Deshalb werden nicht mehr benötigte Fachräume, in Klassenzimmer und Gruppenräume umgebaut. Auch dies könnt ihr dem Plan im Anhang zwei entnehmen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich komme zum Schluss und bitte euch, auch diesen Antrag abzulehnen, damit wir vorwärts kommen.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Die Frage nach der Finanzierung des Projektes und der Verschuldungssituation der Gemeinde ist wichtig und ist heute schon mehrmals erwähnt worden und darum erlaube ich mir ein paar Worte zur Finanzierung zu sagen. Die Kosten sind bekannt. Diese haben wir alle auf den Seiten 17 und 18 der Botschaft, wir reden von den 23 Millionen plus drei Millionen für das Provisorium. Insgesamt 26 Millionen Franken. Im Anhang 6 auf der Seite 43, befindet sich die aktualisierte Finanzplanung 2023 – 2027. Wenn ich vom aktualisierten Finanzplan rede, ist es der, der im Herbst zur Kenntnis genommen wurde. Diesen haben wir eins zu eins übernommen. Wir haben nur dieses Projekt Schulhaus Worboden aktualisiert. Der aktualisierte Finanzplan prognostiziert, dass die Finanzverbindlichkeiten, Fremdverschuldung

sich von 24 Millionen im Jahr 2023 auf 57 Millionen Franken im Jahr 2027 erhöhen. Das heisst, wir werden im Jahr 2026 die Fremdverschuldung von 40 Millionen knacken. Wir haben hier eine Schuldenbremse oder die Obergrenze von 40 Millionen vereinbart. Dies ist ein Instrument, welches auch andere Gemeinden nutzen. Ich möchte gerne die Stellungnahme der Finanzkommission vorlesen. Diese hat sich natürlich auch mit diesem Geschäft intensiv befasst. Es war eine lange Sitzung. Die Finanzkommission hat sich einstimmig auf diese Stellungnahme geeinigt. "Die Finanzkommission erkennt die Notwendigkeit der Gesamtanierung des Oberstufenzentrums Worboden. Sie hält aber fest, dass das Projekt in der Höhe von gesamthaft rund 26 Millionen Franken aufgrund der aktualisierten Finanzplanung 2023 – 2027, ohne eine Steuererhöhung kaum tragbar sei und ist nicht mit jedem Legislaturziel vereinbar. Mit den Legislaturzielen meine ich, die Schuldenbremse von 40 Millionen. Die Gründe dafür sind: Die Finanzverbindlichkeiten, also die Schulden, werden im Jahr 2027 eine Höhe von über 57 Millionen Franken erreichen. Dies hat zur Folge, dass der Grenzwert von aktuell 40 Millionen auf 60 Millionen Franken erhöht werden müsste. Die Nettoschuld in Franken pro Einwohner steigt von 1'106 Franken auf 3'908 Franken an. Das Eigenkapital, also Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserven, wird im Jahr 2027 zwar noch knapp über dem festgelegten Mindestwert von fünf Millionen Franken liegen. Die hohen Folgekosten, also die Abschreibungen und Zinsen, von rund einer Million Franken pro Jahr, dürften diesen Wert aber bereits ab 2028 unterschreiten lassen." So viel zur Stellungnahme der FIKO. Die Frage war auch betreffend den Folgekosten, also die Abschreibungen und die finanzrechtlichen Verbindlichkeiten. Also, wir investieren diese 26 Millionen Franken. Gemäss kantonalen Vorschriften sprechen wir hier über eine Nutzungsdauer von 25 Jahren für Schulanlagen und 33 Jahren für Turnhallen und einem Fremdkapitalzinssatz von zwei Prozent. Das heisst, wir rechnen mit Abschreibungen von durchschnittlich rund 834'000 Franken jährlich und Zinsen von durchschnittlich rund 232'000 Franken pro Jahr. Fazit: Das Projekt mit diesem Umfang ist in der jetzigen finanziellen Lage mit den jetzigen Mitteln ohne Steuererhöhung nicht tragbar. Wir werden Fremdmittel, also Hypotheken, aufnehmen müssen, was mittelfristige und langfristige Verzinsungen mit sich bringt. Wir werden 25 Jahre lang eine jährliche Abschreibung von 800'000 Franken vornehmen müssen, plus Zinsen von über 200'000 Franken, also eine zusätzliche Belastung von einer Million Franken pro Jahr. Wir brechen die 40 Millionen Schuldengrenze im Jahr 2026 durch und im Jahr 2027 wird sie nahe an 57 Millionen sein. Falls wir das Projekt realisieren wollen, müssen wir ein paar Jahre stark und konsequent priorisieren, sprich auf weitere und andere Projekte verzichten.

Marchand Andy, FDP: Auf das habe ich mich heute Abend am meisten gefreut. Von dem hat die Medien noch nicht gesprochen und war auch noch kein Thema. Wir haben das letzte Mal hinter verschlossener Tür, bei einer geheimen Sitzung abgemacht, dass wir heute Abend wieder miteinander diskutieren möchten. Dass wir aufeinander eingehen und einander zuhören und versuchen miteinander Politik zu machen. Ich habe mir ein paar Sachen aufgeschrieben, welche nicht vorbereitet waren. Ich weiss nicht, wie lange ich sprechen kann, aber ich packe es jetzt einmal zusammen und dann schauen wir, wie viel wir dann darüber diskutieren und wann es eine Pause gibt und wir nach Mitternacht nach Hause gehen. Mir ist es ein Anliegen, dass wir auf der einen Seite unser Steuergeld, welches wir zu vergeben haben, und nicht nur für die Schule, sondern auch noch für andere Sachen, sinnvoll einsetzen und haushalten. Auf der anderen Seite habe ich ein Anliegen für eine coole Schule, wo ich das Gefühl habe, es soll sowohl für die Jugendlichen und die Lehrerschaft, die dort am Arbeiten sind, eine gute Schule geben. Eine, die Spass macht und man gerne dorthin geht. Und doch, wir sprechen von einer Sanierung, von doch einem sehr grossen Schulhaus, gemessen an der Anzahl Schülerinnen und Schülern, welche dort ein und ausgehen. Wir können es nicht wegdiskutieren, es hat schon etwas, die Zahlen, welche vorhanden sind, wir müssen nicht im Detail darauf herumreiten. Vorhin wurde die Frage gestellt, ob die WC auch mitzählt wurden. Ich habe die Zimmer auch gezählt. Und ich komme darauf, dass für die 15 Schulklassen, welche in diesem Schulhaus sind, 43 Räume zur Verfügung stehen, wo eine ganze Schulklasse Schule haben könnte. Wir haben fast drei Zimmer für eine Klasse, die im jetzigen Zustand zur Verfügung stehen. Ich habe gehört, die Schule hat sich verändert. Soweit ich weiss, geben sie im Worboden noch Schule. Es findet Schule statt. Und die Schule ist auch gut. Ich glaube, die Kinder, welche heute zur Schule gehen, haben eine gute Schule. Und Räume hat es viele. Ich kann noch weiter gehen. Die Zimmernummerierung geht bis 68. Nuller Zimmer gibt es nicht. Es gibt kein Zimmer mit Zehn, keine Zwanzig, die Toiletten haben keine Nummern, die zählen auch nicht dazu. Es gibt vier kleine Zimmer, welche an die Musikschule vermietet sind, der Zehnerboden sind für die Lehrerschaft. Und es bleiben trotzdem mit der Aula, mit dem Musikzimmer, mit der Turnhalle bleiben mindestens 43 Zimmer, welche gut nutzbar sind und man gut darin Schule haben kann. Es hat zwei Alte, welche wir in der Präsentation sehen, eines ist der Stufenraum, welcher nicht mehr zeitgemäss ist und

das andere Zimmer ist dieses, wo man Biologie-Unterricht oder Naturkunde-Unterricht hat, mit den fest angeschraubten Tischen, welche jetzt mit dem mobilen Mobiliar nicht mehr passen. Ich möchte jetzt eigentlich nicht über das diskutieren, ich glaube Platz hat es viel. Und ich stelle mir sehr intensiv die Frage, was macht das Volk mit dieser Vorlage, welche wir ihnen präsentieren wollen? Denn das Einzige, was wir hier müssen, denn wir sagen hier nicht Ja oder Nein zu diesem Geld, sondern wir müssen jetzt hier gemeinsam eine Empfehlung generieren, welche wir dem Volk unterbreiten, und dem Volk sagen: Schaut, ihr könnt hier jetzt entscheiden. Ihr könnt jetzt Ja oder Nein sagen. Einfach diese zwei Sachen. Denn das Volk kann nichts anderes. Und es ist eine riesige Investition. Es ist viel Steuergeld, welches wir in die Hände nehmen. Es ist bis zu einem gewissen Grad mit baulichen Sachen begründet. Es mischen sich aber auch pädagogische Sachen mit ein. Der Lehrplan 21 spielt plötzlich auch eine Rolle, wenn es um die Lüftung geht. Wir haben hier also zwei Sachen, welche sich miteinander vermischen. Ich habe ein wenig Angst davor, dass bei den Stimmberechtigten, welche an die Urne gehen, die möglicherweise Nein sagen werden, dies ist mir zu viel und zu teuer. Und für mich ist jetzt die Frage, wo bis jetzt noch nicht klar beantwortet ist. Es ist gar nicht die Frage, ob es genügend Zimmer hat oder nicht. Sondern die Frage ist: Wenn ich abstimmen gehe und ich Ja ankreuze, oder wenn ich Ja schreibe, dann weiss ich ziemlich genau, was ich bekomme, wenn ich die Unterlagen anschau, welche wir abgeben wollen. Es ist sehr detailliert beschrieben. Und es ist sehr gut beschrieben. Ich finde es cool, was man sich überlegt hat. Aber, was man nicht so genau weiss, ist, was passiert, wenn ich Nein sage? Und ich habe diese Frage schon gestellt, als wir die Präsentation hatten. Was passiert, wenn unser Volk nein sagt? Was heisst das? Die einzige Antwort, welche ich bis jetzt gehört hatte, war: Tja, dann wird es viel teurer. Ja, wieviel teurer? Und was genau? Und was passiert bei einem Nein? Mein Anliegen wäre, dass wir das, was wir vors Volk bringen, dem Volk das Nein noch klarer erklären. Dass man weiss, was für eine Konsequenz es hat. Dass wir sagen, wie teuer es ist, wenn man Nein sagt oder was passiert, wenn man Nein sagt. Was passiert mit unserer Steuersituation? Wir haben jetzt darüber diskutiert, was passiert, wenn man Ja sagt, aber was passiert, wenn man Nein sagt? Und auch die Frage beantworten: Haben wir für alle anderen Sachen noch genügend Geld? Ich glaube, dieser Frage müssen wir noch auf den Grund gehen und vielleicht auch die zweite Lesung und unsere Empfehlung, welche wir schlussendlich dem Volk abgeben, auch brauchen, zum Erklären, was das Nein bedeuten könnte, um möglicherweise zu verhindern, dass das Nein kommt.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Ich möchte gerne auf die Anträge der SVP und der FDP eingehen bezüglich eines Konzepts ohne Provisorium erarbeiten. Ein Konzept für eine Gesamtsanierung ohne Provisorium. Wir sind dagegen. Warum? Weil es ohne gar nicht geht. Nur mit Provisorium ist die Sanierung effizient, zweckmässig und wirtschaftlich. Die Gesamtsanierung des Worbodens betrifft 15 Schulklassen und ihre Lehrpersonen. Das sind über 360 Personen. Nur schon zahlenmässig ist es unmöglich, so viele Personen in anderen Schulen unterzubringen, geschweige denn, neben einer Baustelle in einem Trakt zu unterrichten. Auch eine Mischform ist ungeeignet. Aber schauen wir uns die beiden Varianten etwas genauer an. Variante Sanierung und Unterricht im Worboden: Die Massnahmen für die Sicherheit rund um und im Worboden, würden sehr viel mehr kosten als, im jetzigen Kostenvoranschlag. Zum Beispiel durch das Bauen von zusätzlichen Fluchtwegen und Zugängen. Mit einem Provisorium dauert die Sanierung nur 1.5 Jahre. Wenn die Bauarbeiten im Ost- und Westgebäude etappiert werden müssten, weil Schulkinder und ihre Lehrpersonen im Gebäude bleiben, wie lange würde es wohl dauern? 2, 2.5 Jahre oder sogar mehr? Auch das verursacht Mehrkosten. Der Arbeitslärm behindert, beziehungsweise verunmöglicht das Unterrichten. Möglicherweise könnten Lärmschutzgrenzen nicht eingehalten werden. Das Recht auf Bildung in guten Rahmenbedingungen ist uns aber nicht egal. Wie soll das möglich sein bei all dem Lärm und Schmutz? Somit ist diese Variante unbrauchbar. Variante auslagern in andere Schulgebäude: Nehmen wir mal an, wir könnten tatsächlich alle 315 Schulkinder irgendwie verteilen. Wie sollen sie und ihre Lehrpersonen zwischen den einzelnen Lektionen hin und her reisen? Denn wir haben Niveauunterricht. Und dies innerhalb der fünf Minuten Pause. Vielleicht die Pausen verlängern? Dies würden die Schultage inakzeptabel verlängern. Kürzen ist ebenfalls keine Option. Der obligatorische Bildungsauftrag lautet: wöchentlich 35 Lektionen à 45 Minuten. Dazu kommt noch, dass der Schulkindertransport für die Aussenstandorte organisiert werden müsste. Hierfür müssten etliche Buse inklusive Fahrpersonal organisiert und bezahlt werden. Dies würde für die Dauer von 1.5 Jahre deutlich ins Geld gehen. Ob das günstiger wäre, als das Provisorium, ist zu bezweifeln. Die Bildungsqualität würde jedoch massiv beeinträchtigt. Ausserdem, die Gemeinde Worb ist verpflichtet, für die Bildung unserer Kinder, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Folge: Die Eltern würden zurecht aufsichtsrechtliche Beschwerde beim Statthalteramt einreichen und die Gemeinde Worb würde sich schweizweit palmieren. Die Verwaltung soll für ein offensichtlich nicht umsetzbares Konzept Zeit und Steuergeld aufwenden? Sie hat doch schon erläutert, warum es ein Provisorium

braucht und alle anderen Möglichkeiten nicht umsetzbar sind. SP+Grüne lehnen den Antrag für eine Konzeptarbeit ab. Am besten ist es, wenn der Antrag zurückgezogen wird. Denn das Provisorium ist der einzige, gangbarer Weg, um unseren Kindern einen zumutbaren Unterricht, während der Gesamtsanierung zu ermöglichen.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Ich habe es heute speziell einfach, ich musste mich heute gar nicht vorbereiten. Ich habe das Vergnügen, die Stellungnahme von Matthias Marthaler vorzulesen. Er ist wegen einer Magen-Darmgrippe gehindert, sein zu Hause für eine längere Zeit zu verlassen. Deshalb spreche ich, aber ihr müsst euch einfach Matthias vorstellen. Zuerst zu meinen Interessenbindungen. Ich bin Vater und möchte die besten schulischen Rahmenbedingungen, welche möglich sind. Bei diesem ganzen Hin und Her platzten mir schon einige Male der Kragen. Als erstes zur letzten GGR-Sitzung: Aus meiner Sicht wurde die erste Sitzung regelkonform verschoben. Nach dem ordentlichen Ende der Sitzung und dem Apéro, sind wir noch einmal zusammengesessen, um zusammen zu sprechen. Also kein dunkles verschachteln hinter verschlossenen Türen, meine lieben Damen und Herren von der Presse und auch liebe Gemeinderäte. Bei diesem Geschäft geht es um viel Geld und um die schwache Kommunikation, welche die politischen Verantwortlichen in den letzten Jahren rund um dieses Geschäft abgeliefert haben. Und dies hat viel an Vertrauen eingebüsst. Ich bin ehrlich gesagt ein wenig enttäuscht, dass die Fragen vom Antrag der SVP und der FDP vorgängig noch nicht klar und vollständig dargestellt und beantwortet werden konnten. Ich habe drei Gespräche und einen vertieften Blick in die Akten gebraucht, und ich habe, so denke ich, Antworten gefunden und ich bin kein Profi. Zum Provisorium: Vor Ort konnte ich klären, dass bei Aussenorten realistisch drei bis vier Räume für 15 Klassen wirklich zur Verfügung stehen würden. Zudem würde das Lehrpersonal fehlen und der klassenübergreifende Unterricht würde ganz wegfallen. Über die Etappierung habe ich mit 15 Architekten und Bauplanern gesprochen. Dreizehn haben aufgrund der Bausicherheit, Lärm- und Erschütterungsemissionen, Brandschutz und aus versicherungstechnischen Gründen von einer Etappierung abgeraten. Und zwei, einerseits die unter uns, sind von der Machbarkeit überzeugt gewesen. Zudem bin ich darauf hingewiesen worden, dass die Sicherheits-, Sicherungs- und Abtrennungseinrichtungen auch einen Kostentreiber darstellen werden. Zum Thema Kapazität: Die Aussage von unserem Gemeindegemeinschafter, bezüglich demografischer Situation, möchte ich doch klar in Zweifel ziehen. Aber um das geht es gar nicht. Ich musste in den letzten Wochen selbst erkennen, dass ich bei diesem Punkt von falschen Zahlen ausgegangen bin. Jedenfalls das Provisorium führt zu starken Einschränkungen auf dem Platz, zudem fallen viele Fachräume weg. So werden laut Schulleitung zum Beispiel Lehrpläne für Physik und Chemie so angelegt, dass die Experimente vor oder danach nachgeholt werden. Andere Fächer müssen in Schulräumen in Rüfenacht oder im Wyden stattfinden. Es werden im Neubau massiv weniger Räume frei sein. Diese werden auch von der Schulsozialarbeit, der Musikschule oder im Unterricht Deutsch als Fremdsprache genutzt. Warum man dies uns aber nicht transparent vorlegen konnte, bleibt für mich ein Rätsel. Diese Frage war doch wohl zu erwarten. Klartext: Ich möchte das Geschäft erfolgreich vor das Volk bringen. Das wollen wir doch alle. Nachdem ich mich einige Stunden mit den Unterlagen und so weiter zu diesem Geschäft befasst habe, kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass die Unternehmen, welche an dieser Planung mitgeplant haben und auch die Schule selbst, ihren Job umfassend und solide gemacht haben. Es ist kein Luxusprojekt und sicher kein Flickwerk. Was die Kommunikation angeht, sollten wir dies mit den Wahlen im nächsten Jahr klären. Ich denke, wir tun uns gut daran, uns für die zweite Lesung vorzubereiten. Es geht um ein wichtiges Geschäft, es geht um viel Geld und es geht um die Zukunft von unseren Kindern. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und Beschwerden sind direkt an Matthias zu richten.

Cetin Mayk, EVP: Ich habe noch einmal die Botschaft anschaut und es ist tatsächlich so, dass die zwei Punkte rund um die Kapazität, aber auch rund um das Thema, Auswirkung aus baulicher Sicht, nicht genug abgedeckt sind. Dies können wir so von der Botschaft einfordern. Was passieren wird, hat Matthias gesagt. Wir fahren so weiter, wir flicken dies, bis es nicht mehr geht. Aber dies könnte man noch explizierter in der Botschaft erwähnen.

Maurer Rolf, SP+Grüne: Ich probiere, das, was Andy Marchand das letzte Mal gefordert hat, nämlich spontan etwas zu sagen. Ich schaue, ob das gut kommt. Die FDP hat Recht. Nicht nur das Beste ist gut genug. Trennen müssen wir zwischen dem, was wünschbar ist und dem, was notwendig ist. Ich kann euch aber als Mitglied der Baukommission versichern, dass wir das gemacht haben. Hier geht es wirklich darum, dass in dieser Vorlage das ist, was wirklich notwendig ist, und nicht das, was wünschenswert ist. Insofern kann ich mich Mayk und Marco anschliessen, welche alle wichtigen Punkte erwähnt haben. Zudem: Etwas ist bei der FDP bei

den Zahlen durcheinander geraten. Wo habt ihr die 15 Schüler pro Klassen her? Mein Sohn und meine Tochter sind beide im Worboden und sie haben beide zwischen 20 und 25 Schüler pro Klasse. Darum werde ich die Anträge, welche ihr gestellt habt, ablehnen. Das Provisorium ist nötig. Mayk, Christoph und Myriam haben schon gesagt, warum. Aber ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass die Vorlage ungenügend ist. Wo steht, die Finanzierung ist wahrscheinlich tragbar. Was ist sie jetzt? Tragbar oder ist sie es nicht? Hier müsst ihr schon noch nachbessern. Und zu guter Letzt, ich kann nicht verstehen, warum man keinen öffentlichen Infoanlass durchführen will. Ich denke, dass das Volk für so eine wichtige Vorlage, dies verdient hätte.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Es ist genau das eingetroffen, was ich mir erhofft habe. Nämlich verschiedene Ansichten, interessante Voten, eine gute Diskussion und eine gewisse Transparenz. Ich sage nicht nur gewisse, sondern volle Transparenz ist hier notwendig und ist auch gewährt worden. Unter anderem einerseits durch den Departementsvorsteher Bildung, Christoph Moser, und danach im Zusammenhang mit den Finanzen, dies ist sehr wichtig. Ein wichtiger Punkt auch durch das Votum der Gemeinderätin Lenka Kölliker, wo zuständig für die Finanzen ist. Es scheint mir sehr wichtig. Es wurde auch angetönt, mit dem Zusammenhang der Botschaft an das Volk. Sie ist zu wenig gut, zu wenig transparent, zu wenig informativ und sie hat Lücken. Da gebe ich euch Recht. Aber schlussendlich ist die Botschaft noch nicht fertig. Sie wird durch das Büro GGR noch weiterbearbeitet. Und der Satz "Wahrscheinlich", wie du da sagst Rolf, wahrscheinlich tragbar, ist natürlich Gummi, äusserst ein grosser Gummi. Aber man sieht dann selbst noch aus den Begründungen hinaus, wohin das führt oder, dass man dem Stimmbürger hier klaren Wein einschenkt, soweit man es auch kann, im jetzigen Zeitpunkt. Da sind wir vom Gemeinderat voll auf eurer Seite. Diese Vorlage für die Stimmbevölkerung hat absolut noch Potenzial. Warum wir nicht einen öffentlichen Abend für die Stimmbevölkerung durchführen? Wir waren der Meinung, die Kommunikation, welche wir durch das Parlament haben, durch Zeitungsberichte, die kommen, Informationen über die Medien, Informationen durch die Protokolle der GGR-Sitzungen, welche man einsehen kann, sollte dies eigentlich reichen. Aber man kann sagen, doch, wir können noch mehr kommunizieren, wir sollten diesen Weg gehen und einen öffentlichen Infoanlass für die Stimmbevölkerung machen. Also ich persönlich habe mich nicht abgesprochen, aber aus meiner Sicht steht dem nichts im Wege, ich sehe dies absolut, dass dies eine sehr, sehr wichtige Abstimmung ist, welche wir natürlich gewinnen wollen. Das heisst, wir müssen und wir wollen in die Infrastruktur und unsere Bildung hier in Worb investieren. Wir investieren nicht, Elena, in einen Betonklotz. Und das ist, was wir hier in Worb zum Glück nicht müssen. Die Betonbauten, die damals gemacht wurden, sind in einem tadellosen Zustand. In Beton wird Null und Nichts investiert. Fakt ist, dass alles andere erneuert und verbessert werden muss, was zu einer guten Bildungsinfrastruktur gehört. Ich kann euch versichern, niemand ist in die Luft gesprungen und hat gebubelt, jetzt können wir 23 respektive 26 Millionen ausgeben, um ein Schulhaus zu renovieren. Überhaupt nicht. Fakt ist, wir haben es Jahr für Jahr vorabgeschoben. Ich habe gesagt, im Jahr 2012, die Kostenberechnung hat ergeben, dort waren wir noch lange nicht bei diesen Zahlen, wo wir heute sind. Und jeder von uns weiss, was in den letzten paar Jahren passiert ist, wenn man heute baut, kostet es zwischen 20 und 30 Prozent mehr. Dies sind einfach Fakten. Was ich zu den ganzen Zahlen hier gerne noch sagen möchte, wie viel Schulräume haben wir jetzt eigentlich zur Verfügung, wie viel Schulräume hat es überhaupt? Dies muss ja eine wahnsinnige Sache sein. Dass man hier keine schlüssige Zahl hervorbringen kann. Weil im Antrag der FDP, also ich muss schon sagen, es war nicht nur die FDP, sondern mit der SVP zusammen, welche mit den Anträgen gekommen sind. So viel ich hier lesen konnte, schreibt die SVP und FDP gemäss Hauswart, 53 nutzbare Schulräume. Und heute Abend hören wir laut Aussage von Andy 43 Zimmer. Ja sapperlot. Was haben wir hier jetzt? Fakt ist: In den Planungsunterlagen seht ihr genau, was, wie, und wie viele Räume saniert werden. Und ich gehe davon aus, dass alle Räume saniert werden müssen und alle Räume umgestaltet werden müssen, um dem Lehrplan 21 gerecht zu werden. Und dann kann man nicht im Vorhinein sagen: Halt, wir haben zu viele Schulräume, aber mit diesen Schulräumen, welche wir nicht benützen, können wir etwa CHF 50'000 Miete generieren. Wir können doch nicht schon mit dem kommen. Fakt ist, dass doch klar ist, sollte es gegeben falls so herauskommen, werden wir ganz sicher etwas unternehmen, um die Schulräume zu benützen. Ein Beispiel. Die Tagesschule beim Zentrum Schulhaus, dort wird ein Schulraum frei und soweit ich im Bild bin, wird dieser von der Sprachheilschule gemietet. Der Raum bleibt nicht einfach leer. Und das Gleiche, sollte es dann so weit sein, wird dies im Worboden genauso passieren. Eine wichtige Frage, welche Andy gestellt hat: Was passiert, wenn das Volk Nein sagt? Dies ist eine gute, berechnete Frage. Aber wichtig ist eigentlich, dass wir hier die Fakten auf den Tisch legen und ehrlich kommunizieren. Und keine Unwahrheiten in die Welt setzen und verunsichern und Worte brauchen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Ich glaube, wenn das Parlament dem Kredit zusprechen sollte, wie es auch unsere Pflicht wäre, wie es richtig gesagt wurde, ist es auch eine

Pflicht, auf die Risiken hinzuweisen. Und solche Sanierungen, ohne Risiken, das können wir vergessen. Wie bei uns. Das Leben ist voller Risiken.

Beschluss:

Antrag der SP+Grüne-Fraktion:

Wir erwarten, dass sich Personen im Rollstuhl barrierefrei und selbständig auf und im Schulgelände frei bewegen können. Das bedeutet: Die schweren Lift- und Eingangstüren müssen leicht zu öffnen sein, beispielsweise per Knopfdruck und innerhalb der Turnhallen ist ein IV-WC nötig.

Der Antrag der SP+Grüne-Fraktion wird mit 17 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag der SVP- und FDP-Fraktion (Provisorium):

Die SVP- und FDP-Fraktion stellen den Antrag, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, ein Konzept zu erstellen, bei welchem die Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrum Worbboden anstelle der Einquartierung in ein Provisorium, in die übrigen Schulhäuser verteilt werden.

Der Antrag der SVP- und FDP-Fraktion wird mit 18 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Antrag der SVP- und FDP-Fraktion (Kapazitäten):

Die SVP- und FDP-Fraktion stellen den Antrag, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, die Kapazitäten in den gesamten Worber Schulen zu überprüfen. Es muss ein Konzept erstellt werden, was mit den überflüssigen Kapazitäten im Schulzentrum Worbboden nach der Sanierung geschehen soll.

Der Antrag der SVP- und FDP-Fraktion wird mit Stichentscheid durch die Präsidentin mit 17 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 45 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 13. November 2000 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

Der Grosse Gemeinderat beschliesst eine zweite Lesung des Geschäfts.

Änderung der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb; Grundsatzfragen: Beantwortung

Sitzung Nr. 417	Datum 20.03.2023	Traktandum 4	Beschlusnummer 2021/24-176	Geschäftsnummer 34406	Archivnummer 12/31
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Graf Gregory, GPK: Die GPK hat sich zum Thema Gemeindeverfassung ausgetauscht und stellt fest, dass der Prozess mit dem Einsetzen der nicht ständigen Kommission mit Unterstützung von Herrn Dr. Daniel Arn, Recht

& Governance gut erarbeitet wurde. Das Arbeitspapier wirkt überzeugend und gründlich. Die Absender der einzelnen Fragen sind ersichtlich. Die GPK versteht aber nicht, warum dieses Geschäft in dieser Form behandelt und nicht in einer konkreten Vorlage ausgearbeitet wurde. Das Vorgehen zeigt zwar transparent auf, welche Fragen behandelt wurden, aber es gibt diverse Punkte, die einstimmig von der ständigen Kommission vertreten wurden. Das Geschäft konnte dahingehend beschränkt werden, dass nur noch die strittigen Punkte diskutiert worden wären. In dieser Form gleicht die Behandlung dieses Geschäfts teilweise einer Ehrenrunde. Die GPK hält dafür, dass dieses Geschäft zügig weiterbehandelt wird. Die GPK beantragt deshalb, dass der Grosse Gemeinderat die Beantwortung der Grundsatzfragen bezüglich Änderung der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb behandelt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Vielen Dank dem Sprecher der GPK zur Einführung in dieses Geschäft. Ich kann ihm voll und ganz beipflichten, ausser der Einschätzung, dass die heutige Sitzung einer Ehrenrunde gleicht. Mit der Verfassung wollen wir das umsetzen, was das Parlament will, nicht die Arbeitsgruppe und es ist einfacher dies anhand Grundsatzfragen anzugehen anstatt anhand konkreten, juristischen Verfassungstexten, die manchmal nicht leicht zu verstehen sind. Das ist der Grund, dass wir diesen Weg bevorzugen und uns anhand Grundsatzfragen beraten. Wir müssen heute nicht alle Punkte diskutieren. Wenn kein Antrag besteht, wird auch nichts dazu gesagt. Danach könnt ihr euch richten, aber es gibt zwei bis drei Punkte, wozu die Kommission keine klare Haltung mit 5:6 oder 5:5 entwickeln konnte und so wäre ich sehr froh, wenn der GGR eine klare Haltung zeigt, damit der konkrete Text ausgeschaffen werden kann und wir hier danach erneut darüber debattieren können. Im Grundsatzpapier findet ihr alle Änderungsvorschläge, die in der Kommission eingebracht und diskutiert worden sind, zusammen mit den Abstimmungsergebnissen der Kommission. Es wurde eine Vernehmlassung bei den Parteien durchgeführt und wir haben entsprechende Rückmeldungen erhalten. Dann wurde das Grundsatzpapier erneut bearbeitet, wurde von der Kommission zuhanden des Gemeinderates verabschiedet und liegt nun vor. Der Gemeinderat hat das Papier ohne Änderungen zuhanden dieser heutigen Sitzung weitergegeben. Das heisst, was drinsteht entspricht der Haltung der Kommission und vollumfänglich der Haltung des Gemeinderates. Dementsprechend ist alles bekannt und liegt auf dem Tisch des Hauses. Ich werde mich auch kurz halten in der Debatte, weil ihr die Haltung des Gemeinderates kennt. Wie geht es weiter? Wie erwähnt, werden die strittigen Punkte anhand der heutigen Debatte geklärt. Anhand der Entscheide wird die konkrete Gemeindeverfassung vorbereitet. Vorgesehen ist, dass wir im November an der Urne über die neue Gemeindeverfassung, neu Gemeindeordnung genannt, abstimmen werden.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Im allgemeinen Teil kann ich zwei Dinge erwähnen. Wir von der SVP-Fraktion teilen grundsätzlich die Haltung der nicht ständigen Kommission und dort, wo wir eine andere Haltung vertreten, bringen wir dies abschnittsweise hier ein. Ich knüpfe gerne noch an das Votum des Gemeindepräsidenten an. Ich teile seine Meinung, diejenige der GPK jedoch nicht. Was wir heute Abend hier tun, ist keine Ehrenrunde, eher schon fast ein runder Tisch, wo alle Fraktionen etwas einbringen können. Ich habe übrigens das Standortpapier, wo auch steht, was die Fraktionen eingegeben haben, in der Vernehmlassung als sehr positiv und informativ empfunden und freue mich heute Abend auf dieses Traktandum.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Wir diskutieren heute Abend über eine ziemlich umfassende und weitgehende Änderung der Worber Gemeindeverfassung. Dies ist nur möglich dank der Vorarbeiten der nicht ständigen Kommission und für diese Vorbereitungsarbeiten möchte ich dieser Kommission im Namen der Fraktion SP+Grünen herzlich danken. Im Sinn einer speditiven Beratung dieses Geschäfts werden wir nur zu den Punkten etwas erwähnen, wo unsere Haltung gegenüber dem Gemeinderat, beziehungsweise der Kommission, abweicht. In den Punkten, wo wir die Haltung der Kommission und des Gemeinderates teilen, werden wir uns nicht äussern und dieser Haltung schweigend zustimmen.

Marchand Andy, FDP: Auch wir verdanken die sehr ausführliche und gut nachvollziehbare Aufarbeitung des Arbeitspapiers Grundsatzfragen zur Änderung der Gemeindeverfassung. Es wird insbesondere von unserer Seite festgestellt, dass die Vernehmlassungseingaben sehr ernsthaft in die Überlegungen der nicht ständigen Kommission eingeflossen sind.

Ziffernweise Beratung

1 Allgemeines

1.1 Teilrevision oder Totalrevision

Keine Wortmeldung.

1.2 Begriff "Gemeindeverfassung"

Keine Wortmeldung.

1.3 Begriff "GGR"

Keine Wortmeldung.

1.4 Präambel

Keine Wortmeldung.

1.5 Verankerung "Nachhaltigkeit", weitere wichtige Punkte

Keine Wortmeldung.

1.6 Struktur / Aufbau der Verfassung

Keine Wortmeldung.

2 Stimmrecht

2.1 Wählbarkeit in Kommissionen

Keine Wortmeldung.

3 Volksrechte

3.1 Initialisierung Verfassungsrevisionen

Keine Wortmeldung.

3.2 Anzahl Unterschriften bei Initiativen und fakultativen Referenden

Marchand Andy, FDP: Die Fraktion FDP. Die Liberalen stellt den Antrag zu diesem Punkt, dass ein allfälliges Bevölkerungswachstum bzw. einen allfälligen Anstieg der Anzahl Stimmberechtigten bei der Anzahl der benötigten Unterschriften für Initiativen und fakultative Referenden miteinzubeziehen. Es ist nachvollziehbar, dass durch die Beibehaltung der aktuellen Grössen und eine Nicht-Annäherung der benötigten Anzahl Stimmen an die vorgeschlagenen, maximalen zehn bzw. fünf Prozent zum jetzigen Zeitpunkt nicht der Anschein entstehen soll, die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung einzuschränken. Andererseits müsste aber auch sichergestellt werden, dass bei zunehmender Bevölkerungszahl angemessene Hürden bestehen bleiben (kein "Jekami"), wie dies auch von Seiten der SVP genannt wurde, ohne gleich wieder eine Verfassungsänderung vornehmen zu müssen.

Gfeller Janick, Mitte/glp: Die Mitte/glp-Fraktion stellt den Antrag, dass man je 100 Stimmen mehr festschreiben soll, also 700 Unterschriften bei einer Initiative und bei einem fakultativen Referendum 300. Nicht irgendeinen Prozentsatz festlegen, sondern eine fixe Zahl, damit die Prozente des Kantons eingehalten werden können und die Verfassung nicht immer wieder geändert werden muss.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ihr seht, dass die Kommission mit sieben zu zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen die bestehenden Zahlen nicht ändern möchte. Euch steht es frei, darüber abzustimmen, aber es ist wichtig, dass ihr Zahlen einsetzt und nicht eine Formel, denn es ist mühsam bei jeder Referendumsanfrage zuerst ausrechnen zu müssen, wie viele Stimmen es tatsächlich braucht. Zu deiner Beruhigung, Andy, es ist

nicht von einem grösseren Bevölkerungswachstum auszugehen. Das Projekt Bächumatt hat sich zerschlagen und wir planen auch keine Fusion mit einer anderen Gemeinde. Entscheidet euch bitte für eine Zahl, stimmt darüber ab.

Beschluss:

Antrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, ein allfälliges Bevölkerungswachstum bzw. einen allfälligen Anstieg der Anzahl Stimmberechtigten bei der Anzahl der benötigten Unterschriften für Initiativen oder fakultative Referenden miteinzubeziehen.

Antrag der Mitte/glp-Fraktion:

Die Mitte/glp-Fraktion stellt den Antrag, dass Anzahl der Unterschriften um je 100 Stimmen erhöht werden, also 700 Unterschriften bei einer Initiative und 300 Unterschriften bei einem fakultativen Referendum.

Der Antrag der Mitte/glp-Fraktion wird dem Antrag der FDP-Fraktion gegenüber gestellt.

Der Antrag der Mitte/glp-Fraktion obsiegt mit 14 zu 2 Stimmen bei 18 Enthaltungen.

Beschluss:

Der Antrag der Mitte/glp-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates im Arbeitspapier Grundsatzfragen gegenüber gestellt.

Der Antrag des Gemeinderates im Arbeitspapier Grundsatzfragen obsiegt mit 21 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Beschluss:

Die Anzahl Unterschriften bei Initiativen und fakultativen Referenden werden unverändert beibehalten.

3.3 Abschaffung Volksvorschlag

Keine Wortmeldung.

4 Behörden (Gemeinderat, Kommissionen)

4.1 Vergrösserung

Keine Wortmeldung.

4.2 Reduktion Anzahl Mitglieder Grosser Gemeinderat

Keine Wortmeldung.

4.3 Reduktion Anzahl Mitglieder Gemeinderat

Keine Wortmeldung.

4.4 Organisation Gemeinderat / Hauptamt Gemeindepräsidium

Marchand Andy, FDP: Die Fraktion FDP.Die Liberalen stellen den Antrag, das Pensum der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten auf 50 – 70 Prozent zu reduzieren. Damit soll einerseits die Einsparung der Mittel durch den Gemeinderat gestärkt werden und andererseits erscheint ein zweites berufliches Standbein für einen späteren beruflichen Wiedereinstieg der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten sinnvoll.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Hierzu sage ich gerne etwas. Im Moment findet ein anderer Trend statt, und zwar versucht man jemanden zu bestimmen, der das Gemeindepräsidium im Hauptamt ausübt, wie zum Beispiel in Belp, wo umgestellt wurde. Herr Neuenschwander hat mir erzählt, dass es für ihn sehr mühsam war, am Morgen Gemeindepräsident und am Nachmittag Architekt zu sein. Es sei immer falsch, weil er am Morgen das vom Nachmittag hätte erledigen sollen und umgekehrt. Der heutige Gemeindepräsident von Belp, Herr Beni Marti hingegen sagt, dies sei für ihn eine Situation. Für mich ist es neben den Arbeiten, die erledigt werden müssen, die Tatsache, dass man immer Gemeindepräsident ist. Ob Samstag oder Sonntag, wenn man spazieren geht, beim Kinobesuch oder beim Einkaufen. Es gibt immer Leute, die etwas fragen und wissen wollen. Ich besuchte vor kurzem die Hauptversammlung der Dorfgemeinschaft Rüfenacht und wurde angesprochen auf die geplante 30er-Zone und da muss man einfach Auskunft geben. Gemeindepräsident ist man immer, egal zu welchem Anstellungsgrad, das muss man wissen und deshalb beantrage ich, an diesem Hauptamt festzuhalten. Irgendwann werde ich durch einen Nachfolger abgelöst und dieser wird es euch sicher danken.

Beschluss:

Antrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, das Pensum der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten auf 50 – 70 Prozent zu reduzieren.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 26 zu 8 Stimmen abgelehnt.

4.5 Rotationsprinzip im Gemeinderat

Keine Wortmeldung.

4.6 Aufsichtskommission / Parlamentarische Aufsicht

Marchand Andy, FDP: Die Fraktion FDP. Die Liberalen stellt den Antrag, beide bisherigen Kommissionen GPK und ASK beizubehalten. Sie haben unterschiedliche Aufgaben, welche nicht vermischt werden sollten und nehmen unabhängig voneinander wichtige Kontrollfunktionen wahr. Die Verteilung der Last und der Sichtweisen auf unterschiedliche Parteienvertretungen erscheint zielführend.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Die Aufgaben und Befugnisse der beiden Kommissionen müssen aus unserer Sicht im Grundsatz unbedingt beibehalten werden. Dieser Punkt steht für uns zwar vor dem Punkt der Anzahl der Kommissionen, wobei wir weiterhin grundsätzlich für zwei Kommissionen sind. Wir haben die Befürchtung, dass es mit nur einer Kommission nicht mehr möglich ist, eine tiefgründige Kommissionsarbeit zu erledigen, wie zum Beispiel Überprüfungsarbeiten bei uns in der Aufsichtskommission. Vor allem die Aufgabe der Aufsicht darf auf keinem Fall vernachlässigt werden. Wenn die Kommissionsarbeit, und dies gilt für alle Kommissionen, oberflächlicher wird, haben die Kommissionen am Schluss nur noch eine Marionettenfunktion. Das heisst, die Verwaltung bereitet vor, die Kommissionen können wenig bis gar nichts zum Thema beitragen und der Gemeinderat segnet es dann ab. So stellen wir uns die Arbeiten der Kommissionen definitiv nicht vor. In diesem Fall könnte man diese eigentlich rein theoretisch auch abschaffen. Ich bin überzeugt, dass diese Kommissionen ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg bezüglich Zusammenarbeit zwischen Parlament und Verwaltung sind. Anders gesehen, wenn die Arbeit und die Kompetenz der Kommissionen weiter geschwächt wird und die Arbeit nur noch oberflächlich ausgeführt werden kann, sehen wir die Gefahr, dass wir Laienpolitiker und die vermehrt professioneller werdende Verwaltung uns immer mehr voneinander entfernen. Sprüche wie: "die Verwaltung macht eh, was sie will", würden sich vermehren und das darf nicht passieren. Das wäre auf der einen Seite schlecht für das Klima zwischen Verwaltung und Parlament und auch nicht im Sinn einer effizienten und vorwärts gerichteten Arbeit von Parlament und Verwaltung. In dem Sinne können wir von der SVP-Fraktion mit unserer Haltung dem Antrag der FDP sicher so zustimmen.

Jorio Marco, Mitte/glp: Ich bin ein Verfechter der Zusammenlegung. Jahrelang habe ich in der GPK erlebt, dass dies nicht effizient ist. Einerseits haben wir zunächst die GPK, die das Geschäft vorbereitet, dann schaltet sich

ein anderes Gremium ein, welches sich einarbeitet, um anschliessend die Kontrolle zu übernehmen. Zudem ist diese Lösung von zwei Kommissionen eher aussergewöhnlich und ich kenne kaum eine Gemeinde, die zwei Kommissionen hat. Wie ich erfahren habe, ist die parlamentarische Aufsicht, vom Start eines Geschäfts, bis es umgesetzt ist, bei uns nicht sehr effizient. Ich finde, eine zusammengelegte Kommission mit viel mehr Kompetenzen und welche mehr Mittel benötigt, also mehr Leute beiziehen kann, um Abklärungen zu treffen, effizienter wäre. Unsere parlamentarische Aufsicht ist in unserer Gemeinde von mir aus gesehen relativ schwach. Aus diesem Grund beantrage ich eine Zusammenlegung der Kommissionen, damit die parlamentarische Aufsicht effizienter wird.

Cetin Mayk, EVP: Ich war auch in der GPK und habe erlebt, dass es nicht immer effizient lief, deshalb bin ich mit Marco einig. Es soll nicht heissen, dass die Aufsicht und Kontrolle komplett wegfallen würde mit nur einer Kommission, die könnte punktuell übernommen werden. Wir wissen auch, dass das Regierungsstatthalteramt regelmässig die Verwaltung überprüft. Klar, muss man auch die Leute für diese Kommission finden, aber aufgrund der fehlenden Effizienz sind wir absolut für eine Zusammenlegung.

Bircher Andreas, SP+Grüne: Ich erlaube mir, einen Erfahrungswert zur GPK einzubringen. Ich habe schon zweimal erlebt, dass wir nicht beschlussfähig sind. Das letzte Mal habe ich das Gremium als beschlussfähig erklärt, obschon wir es eigentlich nicht waren. Ich bin eigentlich auch eher ein Verfechter von Zusammenschlüssen. Wir haben auch in der SP diskutiert und befunden, dass diese Kommission grösser sein sollte mit sieben Mitglieder, damit auch alle Parteien in dieser Kommission partizipieren könnten. Ich würde es befürworten, eine Kommission zu machen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Jetzt muss ich eine Lanze für die Aufsichtskommission brechen. Wir sind immer beschlussfähig. Aber, meine Damen und Herren, das hat auch damit zu tun, dass auch alle Mitglieder dieser Kommissionen ihre Pflicht wahrnehmen und die Kommissionssitzungen auch besuchen. Dies hat nichts damit zu tun, wie viele Kommissionen es gibt. Man muss als Mitglied anwesend sein, das ist das Wichtigste. Aus meiner persönlichen Sicht sage ich, der Rucksack von uns Milizpolitiker muss normal und nicht überpackt sein, je nachdem, was die zukünftige, einzige Kommission für Aufgaben hat. Ich höre aber hier, dass man diese verstärken möchte, wie Marco erwähnt hat, die parlamentarische Aufsicht noch intensivieren. Meine Damen und Herren, das bedeutet Arbeit und ich möchte verhindern, dass eine Kommission aufgestellt wird, dessen Mitglieder je einen schwer beladenen Rucksack tragen muss und darunter zusammenbricht und zu häufige Fluktuationen hat. Ich bin sehr glücklich in der Aufsichtskommission. Wir haben eine Kontinuität von Mitgliedern und es braucht Erfahrung. Ich bin froh, dass ich auf meine langjährigen Kolleginnen und Kollegen setzen kann. Diese andere Sicht wollte ich unbedingt noch einbringen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Es sind dieselben Argumente, die in der Kommission eingebracht worden sind. Ich nehme gerne einen Punkt auf, nämlich das Thema der Leute. Man muss Leute finden, die Zeit haben, um in den Kommissionen zu arbeiten und wenn wir jetzt zwei Kommissionen haben, braucht es für die jetzige Variante zwölf Leute. Variante eins würde sieben Leute benötigen, wenn die sich zeitlich einrichten und mitarbeiten könnten. Die Kommission kam zum Schluss, dass es schlauer wäre, mit nur einer Kommission weiterzufahren und deshalb hat man sich mit 6 zu 5 Stimmen für diese Variante ausgesprochen. Ich überlasse dies gerne euch, denn es sind eure Kommissionen und eure Instrumente, aber die Kommission hat sich für Variante eins, nur noch eine Kommission, entschieden.

Beschluss:

Die Variante II (weiterhin beide Kommissionen, ASK und GPK, behalten) wird der Variante I (nur noch eine Kommission, GPK) gegenübergestellt.

Die Variante II (weiterhin beide Kommissionen behalten) obsiegt mit 18 zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

4.7 Altersbeschränkung Gemeindepräsidium

Keine Wortmeldung.

4.8 Amtszeitbeschränkung (Gemeinderat / Kommissionen)

Marchand Andy, FDP: Die Fraktion FDP.Die Liberalen stellt den Antrag, eine gleichermassen einzusetzende Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen sowohl für den Gemeinderat wie auch für die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne stellt den Antrag, eine Zeitbeschränkung für das Gemeindepräsidium einzuführen, weil wir diese Beschränkung als wichtig und sinnvoll erachten, was mit der Machtstellung vom Gemeindepräsidenten oder der Gemeindepräsidentin einen Zusammenhang hat. Deshalb stellen wir den Antrag auf Einführung einer Amtsbeschränkung beim Gemeindepräsidium. Gleichzeitig stelle ich einen Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch, damit wir uns kurz absprechen können, wie wir zum Antrag der FDP stehen.

Beschluss zum Ordnungsantrag von Adrian Hodler für einen Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

(Sitzungsunterbruch gemäss Ordnungsantrag von Adrian Hodler. Dieser dauert von 22.05 bis 22.10 Uhr. Der Protokollführer.)

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Zu diesem Punkt haben wir uns auch Gedanken gemacht in der Fraktionssitzung. Wir sind grundsätzlich für eine Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen, und zwar beim Gemeindepräsidenten, wie auch beim Gemeinderat und eigentlich auch bei den Kommissionen, wobei ich hier bereits erwähnen kann, dass wir den Antrag der FDP unterstützen werden.

Hodler Adrian, SP+Grüne: In Anbetracht des Antrages der FDP ziehen wir unseren Antrag zurück und würden für den Antrag der FDP Stimmfreigabe innerhalb der Fraktion beschliessen.

Moser Titus, EVP: Ursprünglich wollte die Kommission bei diesem Punkt weder für den Gemeinderat noch für die Kommissionen eine Amtszeitbeschränkung. Dann hat sich das Blatt plötzlich gewendet und wir von der EVP haben gesagt, dass wir grundsätzlich keine Amtszeitbeschränkung wollen. Wie wir gehört haben, ist es auch nicht immer einfach, Leute zu finden und so soll das Stimmvolk entscheiden wie lange Leute in den Kommissionen und im Gemeinderat sein sollen. Es soll keine fixe Vorgabe geben, wie diese Amtszeit beschränkt werden soll und deshalb stellen wir den Antrag, dass keine Amtszeitbeschränkung bestehen sollte, für keine der drei Vorgaben.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich beginne mit den Kommissionen, und zwar hat die Kommission einstimmig beschlossen, dass man die Kommissionen nicht mit einer Amtszeitbeschränkung versehen soll. Es ist schon so schwierig, Leute zu finden und es sei sicher nicht schlecht, wenn jemand auch länger bleibt. Man hat sich also gegen eine Amtszeitbeschränkung bei den Kommissionen ausgesprochen. Beim GGR genau gleich, da ist wohl niemand seit 16 Jahren dabei. Beim Gemeinderat hat man sich vor der Vernehmlassung mit zehn Ja-Stimmen und einer Enthaltung für eine Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen ausgesprochen, nach der Vernehmlassung waren sieben Stimmen dafür und vier haben sich enthalten. Aber im Grundsatz war man immer noch für die Amtszeitbeschränkung. Beim Gemeindepräsidenten war es vor der Vernehmlassung ein fünf zu fünf und nach der Vernehmlassung ein sechs zu fünf. Also hat man sich mit sechs zu fünf gegen eine Amtszeitbeschränkung ausgesprochen. Noch speziell für mich, da ich betroffen bin, aber bitte schaut nicht auf mich, sondern schaut in die Zukunft. Wir werden bald einen neuen Gemeindepräsidenten wählen und ich rate euch, dass ihr die Auswahl nicht zu früh einschränkt. Es gibt Situationen, die nicht sehr ideal sind, wenn man 16 dazuzählt und irgendwo in den 50 landet, würde man von einer Kandidatur für das Gemeindepräsidium wohl eher absehen und wäre sicher nicht im Sinn der Gemeinde. Ich bitte euch noch einmal, schaut nicht auf mich, sondern in die Zukunft und stimmt gegen eine Amtszeitbeschränkung beim Gemeindepräsidium.

Beschluss Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen beim Gemeindepräsidium:

Die Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen für das Gemeindepräsidium wird mit 29 zu 4 Stimmen angenommen.

Beschluss Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen für den Gemeinderat:

Die Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen für den Gemeinderat wird mit 26 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Beschluss Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen für die ständigen Kommissionen:

Die Amtszeitbeschränkung von vier Legislaturen für die ständigen Kommissionen wird mit 26 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

4.9 Unvereinbarkeit öffentliche Ämter / Beschränkung Ämterkumulation

Keine Wortmeldung.

4.10 Unvereinbarkeit Angestellte

Keine Wortmeldung.

4.11 Kommissionen

Keine Wortmeldung.

5 Zuständigkeiten

5.1 Allgemein

Keine Wortmeldung.

5.2 Ausgabenzuständigkeiten

Hodler Adrian, SP+Grüne: Die SP stellt den folgenden Antrag: Die bisher bestehenden Ausgabenzuständigkeiten werden beibehalten. Für uns ist nicht ersichtlich, warum die Erhöhung der Ausgabenzuständigkeiten angezeigt ist, denn es ist mehr als der Teuerungsausgleich und deshalb erachten wir einen Abbau des Volksrechts als demokratiepolitisch nicht vertretbar. Deshalb dieser Antrag.

Marchand Andy, FDP: Unser Antrag ist sehr ähnlich. Die Fraktion FDP.Die Liberalen stellt den Antrag, die Ausgabenzuständigkeiten auf dem bisherigen Stand zu belassen. Trotz der zwischenzeitlichen Teuerung von rund 13 Prozent erscheinen die bisherigen Grenzen der Zuständigkeiten angemessen und verlangen bei grösseren Investitionen in passender Höhe korrekterweise nach dem nächsten finanzkompetenten Organ. Insbesondere der Gemeinderat darf und soll aber auch den Mut haben, mittlere Investitionen zu marktüblichen Preisen und in richtiger Qualität vorzuschlagen und diese gegebenenfalls auch dem GGR vorzulegen, ohne dass ständig auf scheinbar verfassungsmässig festgelegten Grenzwerten bestanden wird und Offertsteller immer nur Eingaben zu höchstens 149'999 Franken vorlegen dürfen.

Cetin Mayk, EVP: Der ausgearbeitete Vorschlag der Kommission ist für uns grundsätzlich in Ordnung. Eine Sache jedoch nicht und zwar sollte die Millionengrenze beim fakultativen Referendum beibehalten werden. Das kann man als Antrag gerne stellen und als Variante zum Abstimmen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Es geht hier in keiner Art und Weise darum, demokratische Rechte zu beschreiten aber klar, ein GGR-Beschluss oder ein Beschluss vom Stimmvolk hat natürlich eine andere Legitimation, als wenn der Gemeinderat selbst beschliessen kann. Ihr seht auf der Tabelle in euren Unterlagen wie andere Gemeinden Grenzen gesetzt haben und wir waren der Meinung, wir können durchaus die Grenzen massvoll erhöhen. Sechs zu fünf Stimmen hatten tatsächlich das Gefühl, man könne eine kleine Erhöhung

vornehmen. Dazu plädiere ich, denn ich bin ein Verfechter von einer raschen und effizienten Geschäftsabwicklung. Angst und Mut spielen hier keine Rolle und oft wäre es ideal, man hätte einen Wert, höher als 150'000 Franken und so der GGR die Verantwortung tragen muss. Das kann man auch so sehen. Angst ist kein Grund, den Wert deshalb unter 150'000 Franken bleibt, das habe ich selten erlebt. Wir plädieren also dafür, dass die Grenze massvoll erhöht wird. Der Entscheid liegt bei euch.

Marchand Andy, FDP: Ich möchte die Frage vom Gemeindepräsidenten erläutern, wenn ihr erlaubt. Was meinen wir mit diesen 149'999 Franken? Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Grenzen, die wir haben in Ordnung sind und so belassen werden können. Ich habe persönlich erlebt, dass wenn es um eine Beschaffung geht, wie zum Beispiel ein Feuerwehrauto, und man die ernsthaften Optionen prüft, ob auch ein Elektroauto in Frage käme, liegt man genau bei dieser Grenze und man hört: Ist der Betrag höher als die 150'000 Franken, wird es schwieriger, weil es dem GGR vorgetragen werden muss. Diese Aussage möchten wir nicht. Das meinen wir mit der Offenheit und dem Mut, dass man in diesem Fall sagt, wir haben zwei Offerten vorliegen, eine für 145'000 Franken, die teurere Variante dafür aber mit einem ökologischen Aspekt. Nun, dann wird es eben ein GGR-Geschäft und wir müssen darüber diskutieren und nicht verworfen oder versucht, das Geschäft schlank durchzubringen, weil es nicht vor unser Gremium soll und vielleicht vielen Fragen gestellt werden. Das ist unsere Meinung und hier wünschen wir uns mehr Mut, um zu sagen, ja, es kostet mehr und dann wird darüber diskutiert. Kostet es weniger als 150'000 Franken bestimmt der Gemeinderat und das ist gut so und geht zügiger vorwärts. Wollen wir etwas anschaffen in dieser Gemeinde, was teurer ist, sind wir gefragt und wird es noch teurer, geht es vor das Stimmvolk.

Beschluss:

Antrag der SP- und FDP-Fraktion:

Die SP- und die FDP-Fraktion stellen den Antrag, die Ausgabenzuständigkeiten auf dem bisherigen Stand zu belassen.

Der Antrag der SP- und FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates im Arbeitspapier Grundsatzfragen (massvolle Erhöhung der Ausgabenzuständigkeiten) gegenüber gestellt.

Der Antrag der SP- und FDP-Fraktion obsiegt mit 20 zu 13 Stimmen.

Die bisherigen Ausgabenzuständigkeiten werden somit beibehalten. Eine Abstimmung über den Antrag der EVP-Fraktion erübrigt sich, da die Mehrheit der Beibehaltung der Ausgabenzuständigkeiten zugestimmt hat.

5.3 Finanzplan

Keine Wortmeldung.

5.4 Ausweitung parlamentarische Einwirkungsmöglichkeiten

Von Arx Roland, SP+Grüne: Wir legen euch nahe, die Verbesserung der parlamentarischen Einwirkungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen. Die parlamentarischen Einwirkungsmöglichkeiten könnten wir mit den folgenden Instrumenten verbessern: Erstens, mit einer parlamentarischen Initiative, zweitens, mit einer Motion mit Richtliniencharakter und drittens, mit einer Planungserklärung. Diese Instrumente verwenden diverse Gemeinden wie Münsingen, Köniz oder Bern. Zum Teil gibt es diese Instrumente auch im Grossen Rat. Mit diesen Möglichkeiten verbessern wir den Eingriff ins politische Geschehen. Die Initiative würde ermöglichen, dass der Grosse Gemeinderat Gesetzesentwurf in seiner Zuständigkeit anstossen könnte. Die Motion mit Richtliniencharakter würde es ermöglichen, wenn das Anliegen im Bereich der gemeinderechtlichen Zuständigkeit liegt, dass diesem Richtliniencharakter zu käme. Oft haben wir Motionen, wo nicht klar ist, ob es sich um einen Betrag handelt, wo der Gemeinderat entscheiden kann oder ob dieser Aufwand den GGR betrifft. Es heisst dann, es sei ein Gemeinderatsgeschäft, aber am Schluss ist es vielleicht dann doch ein GGR-Geschäft. Solche Motionen hätten ein stärkeres Gewicht. Eine Planungserklärung wäre für den Gemeinderat politisch verbindlich. Falls er diese nicht erfüllt, müsste er eine Begründung liefern. Er kann sie nicht einfach wie ein Postulat abschreiben. Wir erleben es heute oft, dass wir ein Postulat eingeben und es dauert fünf, manchmal zehn Jahre, bis sie

erledigt werden und irgendwann bei einer neuen GGR-Zusammensetzung werden sie abgeschrieben, ohne gross diskutiert zu haben, was gemacht wurde oder ob eine Überprüfung überhaupt stattgefunden hat. Das Parlament würde gestärkt und ich lege euch nahe, diesen Punkt wieder aufzunehmen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Es ist richtig. Die Instrumente, welche Roland Von Arx von den Grünen aufgezählt hat, existieren im Grossen Rat, wo ich manches Jahr dabei war. Mit der parlamentarischen Initiative kann der Gesetzesprozess ausgelöst werden, aber den könnt ihr mit einer Motion genau gleich auslösen. Wenn beim Einreichen einer Motion ein Reglement gefordert wird und der GGR überweist dies, muss man vorwärts machen. Das gibt dort kein Unterschied, es wird nur anders betitelt. Zur Richtlinien-Motion: Das passierte manchmal, wenn etwas gefordert wurde, was eigentlich Regierungskompetenz wäre. Dann war das nur eine Richtlinien-Motion und man wusste, die Wirkung dieses Papiers hat die gleiche Wirkung wie ein Postulat. Es ändert nichts, es ist genau dasselbe. Eine Planungserklärung habe ich nur erlebt, wenn ein Bericht im Grossen Rat beraten wurde. Man konnte diese Planungserklärungen abgeben zu diesem Bericht, also wie eine Rückmeldung an die Regierung, wie im Bereich, zum Beispiel Armut, weiterzufahren ist, basierend auf diesem Bericht. Ich kann mich nicht erinnern, dass hier ein Bericht beraten wurde, diese Form existiert im GGR nicht. Ich erachte es daher als überflüssig, zusätzliche Instrumente zu schaffen. Es stehen euch sämtliche Möglichkeiten offen. Ihr habt Motionen, welche einen Prozess für ein Reglement auslösen können. Ein Postulat ist, wo ihr effektiv einwirken könnt, wo der Gemeinderat abschliessend zuständig ist und Planungserklärung erinnere ich mich nicht, dass wir dies hätten anwenden können. Ich bitte euch, den Antrag der Grünen abzulehnen.

Beschluss:

Antrag der SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, die parlamentarischen Einwirkungsmöglichkeiten auszuweiten.

Der Antrag der SP+Grüne-Fraktion wird mit 23 zu 10 Stimmen abgelehnt.

5.5 Kompetenzerweiterung Finanzkommission

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir wollen noch antworten auf das Statement von der EVP. Wir sind eindeutig der Meinung, dass es in dieser Kommission unbedingt Fachpersonal braucht. Eine rein politisch zusammengesetzte Kommission wäre aus unserer Sicht nicht gut. Ich wollte dies erwähnt haben, da es im Papier hiess, es werde zur Kenntnis genommen. Wir sind anderer Meinung.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich nehme diese Anliegen gerne entgegen, welche in Bezug auf Kommissionsarbeit eingebracht werden, auch derjenige von der FDP, die gerne die Bau- und die Planungskommission zusammenlegen würden. All diese Fragen werden wir nächstes Jahr behandeln, wenn das Reglement über die ständigen Kommissionen eröffnet wird. Es ist nicht jetzt, sondern erst im nächsten Jahr ein Thema.

6 Instrumente

6.1 Produktdefinitionen

Keine Wortmeldung.

6.2 Ausserordentliche Lage

Keine Wortmeldung.

7 Reglement Abstimmungen und Wahlen

7.1 Orientierung am kantonalen Musterreglement

Keine Wortmeldung.

7.2 Stimmrecht

Keine Wortmeldung.

7.3 Stimm- und Wahlpflicht (mit Strafandrohung bei Nichtbeachtung)

Keine Wortmeldung.

7.4 Vorsorgliche E-Voting-Bestimmung

Keine Wortmeldung.

7.5 Mitbestimmungsmöglichkeiten für Ausländer/-innen

Keine Wortmeldung.

7.6 Variantenabstimmung

Hodler Adrian, SP+Grüne: Nach Ansicht der Fraktion SP+Grüne bringt bei einer Variantenabstimmung eine Stichfrage den Wählerwillen besser zum Ausdruck als die gegenwärtige Regelung. Deshalb stellen wir den folgenden Antrag: Bei Variantenabstimmungen kommt anstelle der momentan geltenden Regelung eine Stichfrage zur Anwendung. Die Stichfrage ist bereits von kantonalen Abstimmungen bekannt, daher macht es aus unserer Sicht Sinn, wenn das harmonisiert wird. Zudem kann man insofern den Wählerwillen besser zum Ausdruck bringen, als die Stichfrage erlaubt, zweier Varianten zuzustimmen oder abzulehnen und noch einmal eine Differenzierung vorzunehmen. Daher unser Antrag.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Bei der Variantenabstimmung haben wir jetzt die einfache Lösung, falls zwei Varianten vorliegen, dass diejenige obsiegt, welche mehr Stimmen für sich vereint. Das ist verständlich, nachvollziehbar und so funktioniert es. Der Kanton hat zusätzlich diese Stichfrage, die sehr viele ungültige Stimmen verursacht. Die Leute sind irritiert, wissen nicht genau, wie anwenden. Wir wollen sehr beliebt machen, bei Variantenabstimmungen diejenige zum Sieger zu erklären, welche mehr Stimmen hat.

Beschluss:

Antrag der SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, dass bei Variantenabstimmungen eine Stichfrage eingeführt werden soll.

Der Antrag der SP+Grüne-Fraktion wird mit 20 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

7.7 Listennummern auslösen

Keine Wortmeldung.

7.8 Vorgezogene Wahl Gemeindepräsidium

Keine Wortmeldung.

7.9 Wahlverfahren Gemeindepräsidium, zweiter Wahlgang (Art. 64)

Keine Wortmeldung.

7.10 Wahlverfahren Gemeindepräsidium (gleichzeitige Wahl in den Gemeinderat)

Keine Wortmeldung.

7.11 Weitere Vorschläge der SP

Marchand Andy, FDP: Der guten Ordnung halber: Wir verzichten aufgrund des Hinweises des Gemeindepräsidenten auf den untersten Antrag, der schriftlich vorliegt. Auch wenn ich diesen nicht vorgetragen habe, möchten wir diesen zurückziehen.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat stellt fest, dass das Arbeitspapier Grundsatzfragen bereinigt für die weitere Geschäftsbehandlung vorliegt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Vorbereitung auf sich durch den Klimawandel verändernde Naturereignisse", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 417	Datum 20.03.2023	Traktandum 5	Beschlusnummer 2021/24-177	Geschäftsnummer 36210	Archivnummer 37/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

Detailberatung

Günther Paula, SP+Grüne: Ich bedanke mich im Namen der Fraktion SP+Grüne für die Beantwortung unserer Fragen. Es freut uns sehr, dass an viele Punkte schon gedacht wurde und dem Gemeinderat seine Verantwortung bezüglich des Klimawandels bewusst ist. Gut, dass im energiepolitischen Programm 2023 bis 2026 schon viele Massnahmen verankert sind. Wir bitten den Gemeinderat, die Frage 4, zu den Massnahmen des Schutzes der Gesundheit der Bevölkerung bei extremen Hitzesommer, als Thematik in das energiepolitische Programm aufzunehmen und somit auch für dieses Problem auf Lösungssuche zu gehen.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Vorbereitung auf sich durch den Klimawandel verändernde Naturereignisse" wird Kenntnis genommen.

Catarina Jost-Pfister
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 15. Mai 2023

Jürg Bigler
Sekretär